Nr. 127. 45. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Donnerstag, 9. März 1916

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Abbruch der deutsch-portugiesischen Beziehungen

Amtlich. Berlin, 9. März.

Der kaiserliche Gesandte in Lissabon Dr. Rosen ist angewiesen, heute von der portugiesischen Regierung unter gleichzeitiger Ueberreichung einer ausführlichen Erklärung der deutschen Regierung seine Pässe zu verlangen. Dem hiesigen portugiesischen Gesandten Dr. Sidonio Paes sind heute ebenfalls seine Pässe zugestellt worden.

Die portugiesische Herausforderung

J. S. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal sind von deutscher Seite abgebrochen worden. Dies ist die einzig mögliche Antwort darauf, daß die Lissaboner Regierung auf den deutschen Protest gegen die Beschlagnahme der portugiesisches Gastrecht genießenden Handelsschiffe eine glatte Absage erteilt hat. Portugal beharrt auf dem Standpunkte, daß es um der „nationalen Interessen" willen zu diesem Gewaltakte berechtigt sei, obwohl es durch die Weiterverpachtung der geraubten Dampfer an das schiffsraumbedürftige England zu dem Vertragsbruch nun auch den offenen Neutralitätsbruch gefügt hat. Es ist klar, daß Deutschland sich diese vom Zaun gebrochene Herausforderung nicht gefallen lassen konnte. Es ist klar, daß die deutsche Regierung die ganze öffentliche Meinung auf ihrer Seite hat, wenn sie das Ministerium Costa darüber belehrt, daß die Würde Deutschlands auch von den Vasallen seiner Gegner nicht ungestraft verletzt wird.

Man könnte tatsächlich beinahe versucht sein, der portugiesischen Regierung „mildernde Umstände" zuzubilligen, da kaum ein Zweifel möglich ist, daß sie gerade mit ihrem neuesten Schritt, der das Maß der Parteinahme gegen Deutschland vollgemacht hat, einem ungeheuren Druck von englischer Seite gewichen ist. Die steigenden Frachtraten, die wachsende Not an Schiffsraum, die daraus drohende „Wirtschaftskatastrophe", die der Reeder und Ministervater Runciman zum Verdruß seiner Landsleute verkündigt hat, zwingen England, sich um jeden Preis allen Schiffsraum zu verschaffen, der irgendwo noch in neutralen Gewässern aufzutreiben ist. England würde kein Bedenken tragen, sich mit gleichen Mitteln wie auf dem Tejo die auf dem Hudson liegenden deutschen Dampfer dienstbar zu machen, wenn die Aussicht bestände, daß die Regierung Wodrow Wilsons gegenüber englischen Nöten ebensolche Schwäche anwenden könnte wie jene Affonso Costas. Diese Schwäche aber, die obendrein auch eine freiwillige ist, überhebt die augenblicklich in Portugal regierenden Männer keineswegs der Verantwortung weder uns, noch ihrem eigenen Volke gegenüber.

Die Entwicklung in Portugal während der letzten beiden Jahre hat gezeigt, daß auch der bloße Wille der englischen Regierung und der bloße Befehl aus London nicht genügt, um ein ganzes Volk lediglich nach englischem Kommando und im englischen Interesse marschieren zu lassen, wenn bei den Führern dieses Volkes der ernste Wille vorhanden ist, die eigenen Interessen voranzustellen. Man erinnert sich ja der krampfhaften Versuche, die von englischer Seite gleich nach Beginn des Krieges gemacht worden sind, Portugal zur Beteiligung an den Operationen zu veranlassen. Es sollte anfänglich vor allem mit Geschützen und den dazu gehörigen Mannschaften auf dem französischen Kriegsschauplatz teilnehmen; später legte man mehr Gewicht auf die Entsendung von Truppen nach dem Orient, nach den Dardanellen wie Aegypten. Damals hat sich gezeigt, daß auch die Macht Englands über reine Trabanten ihre Grenzen hat. Es gab heftigen Widerstand in beiden Häusern des Kongresses, in denen es schließlich nur zu platonischen Beschlüssen kam, es gab noch heftigeren Widerstand in den Reihen der Armee und Meutereien bei geplanten Truppeneinschiffungen, deren Folge ein Ministerwechsel gewesen ist. Unter dem Versöhnungsministerium Castro, das bis zur Mitte des vorigen Jahres im Amte war, wurde auch mit Erfolg die Politik fortgesetzt, das Land vor der Selbstopferung, die eine Teilnahme am Kriege bedeutete, nach Möglichkeit zu bewahren. Die Aussichten dieser Politik sanken aber, als es den Radikalen im Laufe des vorigen Jahres gelungen war, ihren Einfluß zu steigern und schließlich die Herrschaft an sich zu reißen, als der beinamene Präsident Manuel de Arriaga abgedankt hatte, als Bernardino Machado, den seine ganze politische Vergangenheit an Paris und London fesselte, an seine Stelle getreten war, und als mit Affonso Costa die bekannte lateinisch-radikale „Freimaurerkoalition" die Zügel in die Hand bekommen hatte. Nun war es klar, daß England, sobald es den Moment für gekommen erachtete, mit größerem Erfolge auf die aktive Kriegsteilnahme Portugals werde dringen können.

In gewissem Sinne hatte Portugal übrigens bereits an den kriegerischen Geschehnissen teilgenommen, in Afrika. Es ist bekannt, daß es schon in den ersten Monaten des Krieges zu Zusammenstößen an der Grenze von Portugiesisch-Angola und Deutsch-Südwestafrika gekommen ist. Lange herrschte über die Vorgänge ein gewisses Dunkel. Aber heute ist doch soviel klar, daß die Portugiesen durch einen gemeinen Meuchelmord an drei Offizieren der deutschen Schutztruppe Repressalien herausgefordert haben, und daß sie von unseren Mannschaften geschlagen worden sind. Es ist auch von Kämpfen um den portugiesischen Platz Naulila berichtet worden, und es

Die neue Denkschrift der deutschen Regierung über den U-Boot-Krieg.

Washington, 9. März. (Meld. d. Reutersch. Bur.)

Graf Bernstorff hat Staatssekretär Lansing eine neue umfangreiche Denkschrift über die Unterseebootfrage überreicht, in der **Beschwerde** geführt wird, daß **England sich die Haltung Amerikas zunutze mache,** um seine bewaffneten Handelsschiffe anzuweisen, gegen Unterseeboote angriffsweise vorzugehen. Die Denkschrift gibt zu, daß das Völkerrecht für die Anwendung von Unterseebooten keine Vorschriften enthält und macht das Anerbieten, die Unterseeboote nach den vor dem Kriege herrschenden Grundsätzen des Völkerrechts zu gebrauchen, **falls auch England diese achten wird.**

New-York, 8. März. (W. T. B.)

(Vom Vertreter des Wolffschen Telegraphen Bureaus.)

Ein Telegramm der „Evening Post" aus Washington faßt die Bedeutung der heutigen Abstimmung des Repräsentantenhauses folgendermaßen zusammen: „Die Abstimmung des Hauses ist eine doppeldeutige Antwort auf den Wunsch des Präsidenten. Sie bedeutet nicht, daß der Kongreß auf sein Recht verzichtet, auch sein Wort in auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen oder dagegen aufzutreten, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezogen werden. Sie bedeutet möglicherweise einen Versuch, Ungelegenheiten und Treibereien aus dem Wege zu schaffen, die aus deutschfreundlichen und wilsonfeindlichen Kreisen stammen. Die Abstimmung kann im Auslande in der Tat als Vertrauensvotum für die Politik des Präsidenten aufgefaßt werden, aber sie spiegelt auf keinen Fall die wahren Ansichten des Hauses wider, welches noch immer, wie es der Sprecher Clark ursprünglich erklärte, mit einer Mehrheit von zwei zu eins gegen das Reisen von amerikanischen Bürgern an Bord von Schiffen kriegführender Mächte ist. Auch wenn über die Sache selbst abgestimmt worden wäre, ist es sehr zweifelhaft, ob die Warnungsresolution durchgedrungen wäre. Aber die knappe Mehrheit, mit der die Regierung gesiegt hätte, würde zweifellos auf die fremden Regierungen fast denselben Eindruck gemacht haben, wie eine Ablehnung der eingebrachten Resolutionen. Die Abstimmung ist typisch für die Art und Weise, wie der Kongreß häufig seine Aufgaben erledigt. Einerseits werden in den Wandelgängen die wirklichen Ansichten ausgesprochen, andererseits aber stimmt man zweifellos in der Angst, daß infolge einer patriotischen Bewegung unter einigen Wählern die Stimmung der Wähler eines ganzen Bezirks umschlagen könnte. Obwohl Wilson in erster Linie auf einer klaren Abstimmung über die Sache selbst bestand — eine Lage, die gewiß viele Abgeordnete, sowohl seiner eigenen, wie der republikanischen Partei in Verlegenheit gebracht hätte —, kann er sich wegen der Abstimmung, die er erlangt hat, glücklich schätzen, wie knapp diese auch wegen der parlamentarischen Gebräuche und Mittel erscheinen mag."

Plan einer deutsch-englischen Rote-Kreuz-Konferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

r. Haag, 9. März.

Der „Daily Expreß" teilt mit, daß das englische Parlamentsmitglied Jan Malcolm in dieser Woche im englischen Unterhaus an den Premierminister und an Sir Edward Grey eine Anzahl wichtiger Fragen stellen wird bezüglich der Schritte, die von der Regierung zu ergreifen seien, um die Verhältnisse der englischen Kriegsgefangenen zu verbessern. Er wird die Errichtung eines neuen Komitees vorschlagen das sich mit allen Fragen, die die Kriegsgefangenen betreffen, befassen soll. Weiter wird von der Regierung die Zustimmung verlangt werden zu einer Zusammenkunft von Vertretern des englischen und des deutschen Roten Kreuzes, um alle damit zusammenhängenden Fragen zu besprechen, ähnlich der Konferenz, die im Dezember vorigen Jahres zwischen Vertretern des russischen Roten Kreuzes mit deutschen und österreichischen Delegierten stattgefunden hat. Ferner wird gefragt werden, ob die Regierung ihre Zustimmung dazu gibt, daß Besuche von Vertretern des englischen und deutschen Roten Kreuzes in Gemeinschaft mit Neutralen in den verschiedenen Gefangenenlagern veranstaltet werden.

b. Stockholm, 9. März.

Der Stockholmer Korrespondent des „Berdens Gang" interviewte den Minister Wallenberg vor seiner Abreise zur morgigen Ministerkonferenz in Kopenhagen. „Die Konferenz ist eine nordische, die einzig die skandinavischen Staaten berührt," erklärte kategorisch Wallenberg. Schweden sei entschlossen, seinen bisherigen Kurs strikter, unparteiischer Neutralität weiter zu verfolgen.

Der Bericht des französischen Generalstabs.

Paris, 9. März.

Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag: In der Champagne setzte uns ein in der Gegend der Maisons de Champagne von uns unternommener Angriff wieder in den Besitz von Grabenstücken, die der Feind uns am 6. März entrissen hatte. Wir machten bei diesem Kampfe 85 Gefangene, unter ihnen 3 Offiziere, und erbeuteten ein Maschinengewehr. Ein kurze Zeit darauf gegen die von uns besetzten Stellungen gerichteter Gegenangriff des Feindes wurde abgewiesen. Zu den Argonnen beschoß unsere Artillerie die Straßen in der Gegend von Montfaucon, auf denen Automobiltransporte festgestellt worden waren. Aus der Gegend von Verdun wird keine Aenderung der Lage gemeldet. Die Deutschen setzten nachts die Beschießung unserer Front westlich von der Maas fort, ohne irgendeine Infanterieaktion zu versuchen. Unsere Batterien erwiderten in diesem Abschnitte wie auch östlich der Maas, wo das Feuer zeitweise aussetzte, energisch die feindliche Beschießung. In der Woëvre sehr lebhafter Artilleriekampf. Wir beschossen Blanzée, Grimaucourt und die Zugänge von Fresnes. Ein Angriff des Feindes auf die Eisenbahnlinie und die Straße nach Manheulles wurde durch unser Sperrfeuer und unser Infanteriefeuer vereitelt.

Amtlicher Bericht von gestern abend: Nördlich von der Aisne vernichtendes Feuer auf die Schanzwerke des Feindes auf dem Plateau von Craonne und in der Umgebung von Paissy nördlich von Soissons. In den Argonnen führten wir ein konzentrisches Feuer auf die deutschen Werke bei Haute Chevauchée und im Walde von Ghappy aus. Westlich der Maas versuchte der Feind, im Laufe des Tages nach einer heftigen Beschießung von neuem vorzurücken. Der mit starken Kräften auf unsere Stellungen bei Béthincourt gerichtete Angriff wurde abgeschlagen. Einr von uns gegen den Rabenwald, in den die Deutschen gestern eingedrungen waren, angesetzter Gegenangriff warf den Feind aus dem größten Teile des Waldes, von dem er nur noch den östlichen Teil besetzt hält. Auf dem rechten Ufer der Maas nahm die Beschießung wieder große Heftigkeit an. In der Gegend von Douaumont versuchten die Deutschen ohne Erfolg, unsere Linien östlich vom Fort anzugreifen. Nach einem Infanteriegefecht gelang es dem Feinde, das Werk Hardaumont, das wir ihm entrissen hatten, wieder zu besetzen. Im Woëvre-Gebiete blieb der Artilleriekampf sehr lebhaft. Unsere Batterien an den Ufern der Maas beantworteten kräftig das Feuer der deutschen Artillerie. Im Oberelsaß gestattete uns ein Angriff mit Handgranaten, einige Teile der Gräben, östlich von Seppois, die uns von den Deutschen am 12. Februar genommen waren, wieder zu besetzen. Eines unserer Beschießungsgeschwader, bestehend aus sechzehn Flugzeugen, warf 104 Bomben aller Kaliber auf den Bahnhof von Metz-Sablon, wo sie mehrere Züge erblickten. Die Geschosse haben gut getroffen. Ein feindliches Flugzeuggeschwader versuchte unsere Flugzeuge zu verjagen, die bis auf eins, das wegen einer Beschädigung niedergehen mußte, ihren Abflugsort wieder erreicht haben.

Belgischer Bericht: Unbedeutende Artillerietätigkeit an mehreren Stellen der Front. Heftiger Kampf mit Bombenwerfern beim Fährmannshause. (Vergl. Seite 2.)

Der amtliche Bericht der deutschen Obersten Heeresleitung war heute bis zum Schlusse des Blattes noch nicht erschienen. Wie immer in solchem Falle werden wir den Bericht, unmittelbar nach seinem Eintreffen, in einer zweiten Ausgabe veröffentlichen, die auf Straßen und Plätzen zum Verkauf gelangen wird.

steht fest, daß Naulila von uns erobert wurde, sowie daß portugiesische Gefangene nach deutschem Gebiet gebracht worden sind. Danach hatten wir dort vor den Portugiesen Ruhe. Als Kriegszustand sind diese Vorgänge also offiziell von beiden Seiten nicht angesehen worden, was schon daraus hervorgeht, daß die diplomatischen Vertretungen unverändert in den beiderseitigen Hauptstädten verblieben sind. Es war mehr ein Zustand latenter Feindseligkeit, ein unklares Verhältnis.

Jetzt ist Klarheit geschaffen und wir können damit zufrieden sein. Möge die regierende Klique Machado-Costa zusehen, daß sie ihren Entschluß nicht zu bereuen hat!

* * *

Die beiden Gesandten.

Der Gesandte Dr. Rosen, der das Deutsche Reich bisher in Lissabon vertrat, gehört zu den ausgezeichnetsten Mitgliedern des deutschen diplomatischen Korps. Er ist, wie bekannt, aus dem Orientalischen Seminar hervorgegangen und hat seine glänzende Kenntnis der orientalischen Sprachen zuerst in Teheran, in England, in Jerusalem — wo der Kaiser ihn auf seiner Reise kennen lernte — und in Abessinien im Dienste des Deutschen Reiches und daneben auch auf literarischem Gebiete verwerten können. 1905 wurde er Gesandter in Tanger, während der Marokkokrise nahm er an den Verhandlungen in Paris und in Algeciras teil, 1910 kam er als Gesandter nach Bukarest und 1912 nach Lissabon. — Professor Dr. Sidonio Paes, den die Republik Portugal, gleichfalls 1912, als Gesandten nach Berlin schickte, war Mathematiker, bevor er Diplomat wurde. Er ist ein ruhiger Mann mit angenehmen Umgangsformen, der gewiß gern in Berlin geblieben wäre. Seit einigen Tagen promenierten vor dem Hause in der Hohenzollernstraße, wo er wohnt, wieder zwei Schutzleute, deren Anwesenheit die kommenden Ereignisse ankündete.

Die Kämpfe in Ostafrika.

Englische Meldung.

London, 7. März. (W. T. B.)

Reuter meldet aus amtlicher Quelle, daß in Ostafrika vom 17. bis 31. Januar mehrere deutsche Angriffe bei Dwenkuba, Mwele, Mbyuni und Serengati zurückgeschlagen wurden.

W. T. B. bemerkt dazu: Bei diesen in Britisch-Ostafrika liegenden Orten haben schon mehrfach Kämpfe stattgefunden. Merkwürdig berührt nur der ungewöhnlich karge Inhalt dieser amtlichen englischen Meldung und der Umstand, daß man es für nötig hält, sie noch nach der am 12. Februar bei Salita, am Westrand der Serangeli, erlittenen Schlappe bekannt zu geben.

Die Neutralitätsdebatte im Schweizer Nationalrat.

Bern, 8. März.

Im weiteren Verlauf der Debatte über die Neutralitätspolitik im Nationalrat nahm Weber-St. Gallen die Presse gegen den Vorwurf der Aufhetzung in Schutz. Er betonte, daß durch rechtzeitiges Unterrichten über die Vorkommnisse die Presse ihre Aufgabe, aufzuklären und zu beruhigen, besser erfüllen könnte. Daucourt (katholisch-konservativ) übte an der Armeeleitung Kritik, während Ullmann-Turgau (freisinnig) den Generalstabschef und den General entschieden in Schutz nahm. Die Neutralität schließe keinen Richterberuf in sich. In der Westschweiz gebe man den Sympathiegefühlen für einen der Kriegführenden zu geräuschvollen Ausdruck. Ullmann machte für die Verstimmung in der Westschweiz die sogenannten Intellektuellen und die Presse verantwortlich und fragte Sécrétan, ob er nicht selber sich auch schon gesagt habe: Mea culpa. In persönlicher Erklärung wies Sécrétan die Vorwürfe wegen seiner Haltung in der Obersten-Angelegenheit zurück. Niemals sei ein anderer schweizerischer Magistrat und hoher Offizier so angegriffen und behandelt worden, wie er von der deutschen Schweiz seit Monaten behandelt werde. Der Bundesrat habe in der Kommission seine Haltung in der Obersten-Angelegenheit als korrekt und loyal anerkannt. In seinem Blatt („Gazette de Lausanne") sei nie ein Wort gegen den General und den Generalstabschef oder gegen die Politik des Bundesrats geschrieben worden. Sécrétan verlangte vom Präsidenten eine Zurückweisung des Angriffs Ullmanns als einer persönlichen Beleidigung. (Lebhafter Beifall bei den Welschen.) Präsident Eugster erklärte, in den Worten Ullmanns, der das Blatt Sécrétans für mitschuldig an der Erregung in der welschen Schweiz hingestellt hatte, keine persönliche Beleidigung sehen zu können. Darauf wurde das Haus auf morgen vertagt.

Französische Darstellung der deutschen Erfolge bei Verdun.

Bern, 9. März.

Die Agence Havas sucht die französischen Niederlagen der letzten Tage durch einen Bericht zu beschönigen, in dem es heißt: Die Schlacht in der Gegend von Verdun flammt wieder auf. Der am Montag auf beide französische Flügel, in der Gegend von Forges und in der von Fresnes ausgeübte Druck wurde gestern stärker und verschaffte den Deutschen unter dem Preise schwerer Verluste einige Gewinne, die das gesamte Verteidigungssystem keineswegs beeinträchtigen. Westlich der Maas lief die französische Front durch Forges, das sich im Tale des gleichnamigen Baches befindet. Dieser Bach fließt durch eine sumpfige Gegend, die noch unwegsamer durch die Wassermengen und das Durchsickern der in dieser Jahreszeit weit aus ihren Ufern getretenen Maas gemacht wurde. Unter diesen Umständen hatte die Stellung von Forges nur den Wert einer vorgeschobenen Linie, aber bevor sie, wie vorausgesehen war, diese Stellung preisgaben, um sich auf die breiten und regelmäßigen Abhänge zurückzuziehen, die von Forges nach der Cote Oie führen, erwarteten die französischen Truppen die deutschen Angriffe. Diese Angriffe um die Besitznahme einer Stellung ohne Bedeutung kamen den Deutschen sehr teuer zu stehen. Die französische Heeresleitung wollte nichts weiter. Die aufgegebenen Stellungen konnten durch die auf dem rechten Maasufer bei Brabant, Samogneux und Champneuville aufgestellten deutschen Batterien unter konzentrisches Feuer genommen werden. Was das leichte Vordringen deutscher Streitkräfte längs der Maas betrifft, so fand dieses in einem überschwemmten Abschnitte statt, in dem es für die Franzosen besser war, keine Verstärkungen heranzubringen. Die französischen Hauptverteidigungsstellungen befinden sich weiter südlich. Sie werden durch die Linie des Rückens von Mort Homme gebildet und stützen sich einerseits auf die Maas und andererseits auf die Höhe vom Cumières. In der Woëvre war die Stellung von Fresnes, die einen Keil in den feindlichen Stellungen bildete, gleichfalls für uns gefährlich, da sie von drei Seiten aus vom Feinde beschossen werden konnte. Alle Blätter sagen übereinstimmend, daß das leichte Vorrücken links der Maas uns nicht würde beunruhigen können. Eine neue Anstrengung des Feindes war nach dem Mißerfolg nördlich von Verdun an einem anderen Punkt vorauszusehen. Unsere Soldaten leisten dem Ansturm mit wunderbarer patriotischer Tapferkeit Widerstand. Eine militärische Persönlichkeit erklärte dem „Echo de Paris": Unsere Verluste gestern waren sehr leicht trotz der höllischen Beschießung mit Granaten großen Kalibers, denen unsere Soldaten widerstehen konnten. Die Deutschen machen weiter eine ungeheure Anstrengung, um Boden zu gewinnen, aber trotz der genauen Vorbereitung und ihrer unbestreitbaren Tapferkeit bleibt ihr Vorrücken langsam und bruchstückartig.

Haag, 9. März. (Privat-Telegramm.)

Lord Northcliffe sendet an den „Daily Telegraph" eine Berichtigung seiner bekannten Depesche aus Verdun. Es sei durchaus nicht seine Absicht gewesen, über das weitere Schicksal von Verdun irgendein Urteil abzugeben. Verdun sei ein so bekannter Name, daß die Deutschen natürlich ihn gern mit einem Siege verknüpfen möchten, um auf die Neutralen Eindruck zu machen. Vom strategischen Standpunkt aus wäre die Einnahme von Verdun aber nicht wichtiger als ein Erfolg an irgendeiner anderen Stelle.

London, 9. März.

Britischer Kriegsbericht: Bei Grenay Kampf mit Minenwerfern, wobei wir die feindlichen Schützengräben stark beschädigten. Gestern brachte der Feind in der Nähe der Eisenbahn Ypern—Commines eine Mine zur Explosion, ohne Schaden anzurichten. Heute beschoß unsere Artillerie beschoß diese Gegend. Wir brachten heute östlich von Laventie eine Mine zur Explosion, wodurch wir die Minenarbeiten des Feindes behinderten. Der Feind beschoß unsere Stellungen östlich von Vermelles.

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Ein Gruß an Frankreich.

Petersburg, 9. März. (W. T. B.)

Amtlicher Bericht vom 8. März: Westfront: Im Abschnitt von Riga zwang unsere Artillerie mehrmals die Deutschen zum Unterbrechen ihrer Arbeiten und brachte feindliche Batterien zum Schweigen. In den Stellungen bei Dünaburg, nahe Illuxt dauert der Kampf um die Minentrichter an. Alle Versuche der Deutschen, sich der Trichter zu bemächtigen, wurden abgeschlagen. Südlich der Eisenbahn von Poniewiez drängten wir die Deutschen zurück und gewannen etwas Gelände. Nordwestlich des Bahnhofs Olyka an der Bahnlinie Kowel—Rowno, versuchte der Feind zweimal sich unseren Gräben zu nähern, wurde aber jedesmal mit großen Verlusten durch unser Feuer abgewiesen. An der oberen Stryp ließen wir, ohne einen Schuß abzugeben, eine stärkere feindliche Abteilung auf fünfzig Schritt an unsere Gräben herankommen und zerstreuten sie dann durch unser Feuer. Nördlich Bojan vernichteten unsere Aufklärer einen deutschen Posten.

Kaukasus: Unsere Truppen verfolgten in der Küstengegend weiter die Türken. Am 7. März besetzten wir die Stadt Riza.

Persien: Wir besetzten die Stadt Sihna, nördlich Kermanschah.

Das russische Heer verfolgt mit fieberhafter Spannung die Erfolge der tapferen französischen Armee. (Wörtlich aus Kopenhagen: „Armee russe suit avec attention polpitante succes vaillante armee française".

Französische Bedenken über „den Krieg nach dem Kriege".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 9. März.

Unter dem Titel „Der Nachkrieg" äußert sich der „Temps" zu großer Zurückhaltung zu den englischen Plänen, durch Staffelzölle späterhin einen Handelskrieg der Alliierten gegen Deutschland zu organisieren. Es liege darin nicht nur ein völlige Umkehr Englands von seinen freihändlerischen Ideen zeugungen, sondern möglicherweise auch eine große Gefahr für sein wirtschaftliches Gedeihen. Darüber hinaus sei aber auch ein unwillkommene Rückwirkung auf die alliierten Länder zu befürchten, wenn die Handelsverträge nicht mit größter Vorsicht gemacht würden. Der Sieg der Alliierten hänge sicherlich von der darauffolgenden Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Ohne Zweifel seien die Engländer praktische Leute, aber es sei zu hoffen, daß die Größe der Opfer, die den Alliierten auferlegt werden sollen, tatsächlich auch zu einem gemeinsamen, dauernden Nutzen führe.

Für die 22 Sitze im Ausschuß der Manchester Handelskammer, die infolge der Abstimmung über die Handelspolitik nach dem Kriege frei wurden, sind 29 Kandidaten angemeldet. Zwanzig davon haben sich gegen den Freihandel ausgesprochen, achtzehn der früheren Mitglieder lehnten die Wiederwahl ab. Die Abstimmung findet am 15. März statt.

Der geschäftsführende Ausschuß der evangelischen Kirche in England erklärte der Regierung, daß er sich der Werbearbeit für Vergeltungsmaßregeln gegen Deutschland nicht anschließe. Er drückte die Hoffnung aus, daß England sich gegenüber Deutschland nur von militärischen Gesichtspunkten leiten lasse.

Eine schwedische Brigg angehalten.

Stockholm, 9. März. (Meldung von Svenska Telegrambyran.)

„Dagens Nyheter" teilen mit, daß ein deutsches Torpedoboot eine schwedische Brigg, mit einer Grubenholzladung von Malmö nach Grimsby bestimmt, am Montag in schwedischen Gewässern im Oeresund weggenommen, ein schwedisches Torpedoboot aber die Freilassung veranlaßt habe.

Eine amtliche Nachricht liegt nicht vor.

Als Fremder in Berlin.

Von [Nachdruck verboten.]

W. Fred.

Mit dem Wunsche, in die Stadt, die einem sonst ständiger Wohnsitz, Stätte fester Lebensbeziehungen und alltäglich wiederholter Gewohnheiten ist, einmal als freier, ungebundener Fremder zu kommen, hat gewiß mancher oft gespielt. Wie das wohl sein mag, dort eine Zeitlang als unbefangener, nur der Stunde gehorchender Mensch zu verweilen, wo man sonst Tag und Nacht so ziemlich die gleichen Wege geht, mehr oder minder ein Pflichtdasein führt? Ich war oft ordentlich neugierig, was für ein Gesicht dieses wohlbekannte Berlin hat, wenn man es nicht als steuerzahlender, also gewissermaßen mitverantwortlicher Insasse ansieht, sondern als Gast, erfüllt von jener gewissen Ferienstimmung, die man doch nur auf Reisen hat. Um dieses Berlin zu sehen, muß man natürlich im Hotel wohnen, was ja ein Reiz mehr ist, muß man, wie jeder kluge Reisende, entschlossen sein, auch in dieser Fremde ein wenig leichtherziger zu sein wie daheim.

Nachdem ich diese und noch einige Vorsätze im Busen gesammelt hatte, kam ich als Fremder nach Berlin, mit dem festen Entschluß, manches zu sehen, was ich in den Jahren der Seßhaftigkeit nicht entdeckt, nicht erlebt hatte.

*

Der Bahnhofseindruck war bestimmt durch die Abwesenheit aller spezifisch berlinischen Bilder und Geräusche. Weniger, weit weniger Autos als z. B. in München, woher ich kam, dafür einige wenige Droschken, und zwei, höchstens zweieinhalb Dienstmänner, die jedoch ebenso wie die Kutscher der Taxameter die Fahrgäste zuerst eindringlich befragten, wohin sie denn eigentlich wollten; wenn nämlich die Entfernung groß sei, müßten sie unbedingt erst frühstücken. Ein neben mir wartender Ankömmling bemerkte ungehalten, diesen Leuten gehe alle Logik ab. Denn: sei die Entfernung groß, so wolle der Kutscher nicht fahren, der Träger das Gepäck nicht besorgen; sei aber die Entfernung klein, so brauche man diese Herren ja sowieso nicht. Also ... Ob der Mann mit der nürgelnden Logik Recht oder Unrecht hat, bleibe dahingestellt; doch stellte sich in diesem Falle, wie in allen übrigen Situationen, wo ich über Schwierigkeiten des Verkehrs oder der Verpflegung klagen hörte, heraus: daß der Erzürnte kein „Fremder in Berlin", sondern ein „Berliner in Berlin" war.

In einem Hotel, das ich aufsuchte und in dem ich dann einige Wochen als Fremder lebte, klagte man über die durch den Krieg nötig gewordenen Einschränkungen oder entstandenen Schwierigkeiten. Es war aber nicht so schlimm. Die fleischlosen Tage belehrten den Fremden, daß Hummern und Austern, wenn man sie essen muß, nicht viel Verlockendes mehr haben; das Alkoholverbot nach 9 Uhr abends aber gab Anlaß zu interessanten Erwägungen, ob man sich ein Viertel vor neun eine Flasche — Milch zum Beispiel — ins Zimmer stellen lassen und sie ein Viertel nach neun als Privateigentum aus dem Privatzimmer ins Restaurant oder in die Halle bringen darf. Ja, sogar das Völkerrecht praktisch zu studieren, ergab sich in meinem Hotel der Anlaß: das Mitglied einer noch zurückgebliebenen Gesandtschaft stellte nämlich die These auf, die Exterritorialität berechtige ihn zu jeder Zeit, Alkohol zu vertilgen. Wo er sei, sei nicht mehr Deutschland, sondern seine — ein wenig exotische — Heimat, und in der dürfe man sich auch nach Einbruch der Dunkelheit betrinken. Das Problem ist in der Zeit, während der ich als Fremder die Hotelwelt studierte, nicht gelöst worden, darum konnte ich die Ueberreichung von „Noten" in diesem Falle selbst mit ansehen. Der Kellner brachte die eine — die Rechnung — und empfing die anderen, nämlich die Banknoten. Sonst lernte ich bei diesem Thema noch, wie verschiedene Arten Vermouth es gibt (der bekanntlich nicht zum richtigen Alkohol gehört), und was sich durch einiges Schütteln der Flüssigkeit in einem Silberbecher alles aus Vermouth bereiten läßt.

*

Nachdem ich nun einen oder zwei Tage im Hotel damit zugebracht hatte, durch die Tat zu erweisen, daß der Tag nicht aus Tageszeiten, sondern aus Mahlzeiten besteht, wendete ich mich an den Portier mit jener Frage, auf die er mit leiser Wehmut bereits gewartet hatte: „Wohin geht man heute abend?" Ich hätte als Mensch, der länger als ein Jahrzehnt in Berlin seine Abende selbst vergeben hatte, auch in eigener Person den Weg zur Litfaßsäule finden oder mit Hilfe des Vergnügungsanzeigers der Zeitung mir klar darüber werden können, ob ich mehr zu Goethe, zu Schiller oder zum Zirkus neige — aber damit hätte ich ein für allemal den Stil meiner zeitigen Existenz durchbrochen. Wer nämlich ein richtiger Fremder ist, geht derthin, wo der Portier will, daß er hingehe. Die Kenner des inneren Theaterbetriebes wissen, wie viel vom Erfolg eines Stückes Sache der drei oder vier maßgebenden Hotelportiers ist. So wird man aus den Antworten dieser Herren manches über den Publikumsgeschmack erfahren, auch einiges über die Entwicklung der zeitgenössischen Kunst. Aus einem Privatissimum, das ich mir von diesem weisen Manne halten ließ, weiß ich, daß derzeit fast unbestritten die klassische Schaubühne herrscht. Nur eine Ausnahme gilt: „Weibsteufel". Das wollen alle gesehen haben, die in ihrer Heimat durch höchstweisen obrigkeitlichen Beschluß vor dieser Kunst bewahrt werden sollen. Die einen fühlen die Verpflichtung, dem Zensor recht zu geben, die anderen wollen eben selbst wissen, „was denn so Gefährliches dran ist", alle aber laufen hin, und das Stück, das zu Beginn des Jahres schon so oft gespielt worden war, daß der Gast ungeduldig achselzuckend sagte: „Wir kommen doch nach Berlin, um etwas Neues zu sehen!" ist nun das erste oder zweite Ziel des Fremden in Berlin. Wer weiter fragt, kann feststellen, daß der Herr Portier dem ernsthaften Streben der Theaterdirektoren in der Kriegszeit überhaupt Anerkennung zu Nicht nur „der" Reinhardt, sondern auch „der" Barnowsky und „d Meinhardt und Bernauer spielen sehr tüchtig. Der zweite o dritte Abend gehört aber doch meistens dem Metropoltheater wo die scharmante Frau Massary eine Kaiserin von Oesterreich ge die zum Ergötzen des Publikums die historisch-reizlosen Ma Theresia so unähnlich wie nur möglich ist. Die Feldgrauen a nehmen eine hübsche Erinnerung mit an Zeiten, in denen angeb die Beherrscher der Throne noch sangen und schäkerten. . . .

*

Eine Sorgenfalte gräbt sich ins blond-heitere Antlitz des Kenntnis der Physiologie des Genusses verpflichteten Ratgebers in Portierloge, wenn zur Frage: „Welches Theater?" gewöhnlich mäßig die alte, veraltete tritt: „Und wohin gehen wir nachher Nein, die Zeiten sind vorbei, wo dann mit leisem Zwinkern und Verständnis für die besondere Lebenslage des Fremden der Sp zettel der mehr oder minder illusionären Lokalitäten Berlins ausgebreitet wurde! Die Berliner Nacht ist ja so früh, um 1 Uhr aus. Da aber die Nacht nicht mehr lang genug ist, um programmmäßig zu erledigen, gab es, Abhilfe zu schaffen. Und wie Kreise der Naturarbeit Bedürfnisse die Organe herausbilden, deren Kreatur bedarf, so entstanden im Leben des Luxus, der Ueberfülle leiten, des Fremden neue Bedürfnisse, damit die Macher und Kähl die Veranstalter und Nützigänger, ihr altes Dasein weiterführen können.

Der Hotelportier lernte auf eine neue Frage zu antworten „Was macht man nachmittags?" Diesen Programmpunkt g früher wahrhaftig nicht! Man ging spazieren, sah sich Läden besuchte Waren- und Konfektionshäuser, quälte Verkäufer und D rin und kraut zwischendurch — nicht immer allein — Tee. D gab's ein paar Wiener Walzer, amerikanische Märsche, irre ich n ein wenig Tango, oder immerhin, man bemühte sich doch selbst ließ dem Abend und der Nacht ihr Recht. Nachmittagsvorstellungen Theater — das war bei uns, im Gegensatz zu anderen Städten, gelegenheit für Kinder, für ganz junge Leute, jedenfalls aber auf S und Feiertage beschränkt. Am Werktag, bei hellem Licht, sich Kun vorführungen zu lassen, überhaupt offenbaren, daß man so gar n Besseres mit sich und miteinander anzufangen weiß: nein, ele großstädtisch war das nicht. Bisher! Es ist anders worden. Ich vermute, das Kino hat den Anfang gem dort lernten die Leute zwischen Tag und Abend aus einer Stunde eine bunte machen, und nun gibt es Nachmittagsfabr „Luxuscafés", und wie all das Zeug heißt, das den Fremden gepriesen wird: lokale manniglacher Abstufung von halber und v Eleganz, achtel und sechzehntel Vergnügtlichkeit, meist im Westen liegen, einige aber auch in der Friedrichstadt und gefüllt von Be die es mit der Fernstreuung sehr ernst nehmen, eifrig, unermüdlich amüsieren lassen. Einige dieser wie die Giftpilze aus dem Ber

Englische „Fürsorge" für Belgien.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Sir Edward Grey hat dem belgischen Gesandten in London, Paul Hymans, vor einiger Zeit eine Note des Londoner Auswärtigen Amtes über Rohstoffeinfuhr nach Belgien zur Wiederbelebung der dortigen Industrie überreicht, natürlich in der Aufmachung einer Anklageschrift gegen Deutschland. Nach dieser Denkschrift liegt die Schuld am industriellen Ruin Belgiens selbstverständlich bei den Deutschen, während England, allen schweren Bedenken zum Trotz, die Einfuhr von Rohstoffen nach und die Handelsausfuhr aus Belgien sofort „unter gewissen Bedingungen" gestattet hat.

Den Kenner englischer Denkschriftenkunst wird es von vornherein überrascht haben, daß die Darstellung des Foreign Office diese Bedingungen nicht kennt. Wir sind in der Lage, im Wortlaut die englischen Bedingungen mitzuteilen, die das Datum „London, den 17. August 1915" tragen:

Die englische Regierung ist geneigt, die Ausfuhr von Waren belgischer Herkunft nach neutralen und verbündeten Ländern zu gestatten, unter der Bedingung, daß die Interessenten beweisen, daß ihre Waren belgischer Herkunft sind und vorher bei einer Bank des Vereinigten Königreichs den Betrag für den Erlös aus dem Verkauf hinterlegen. Aus diesem Grunde müssen alle Gesuche um Ausfuhrerlaubnis begleitet sein:

A. von einer Herkunftsbescheinigung von der Gemeinde oder Provinzialverwaltung des belgischen Platzes, wo sich das Werk befindet;

B. von einer Depotbescheinigung der Bank, bei der das Geld auf gesperrtem Konto hinterlegt worden ist; die Bank muß dazuhin die Garantie übernehmen, daß diese Summe nicht vor dem Ende der deutschen Okkupation angegriffen werden kann, es sei denn mit Genehmigung der englischen Regierung.

Sollte die Bezahlung der Ware vor dem 31. Juli 1915 in Belgien erfolgt sein, so muß das dokumentarisch nachgewiesen werden.

Die englische Regierung wird keine generelle Ausfuhrerlaubnis für ein bestimmtes Werk oder eine Warengattung geben. Jede Ausfuhrerlaubnis ist einzeln einzuholen.

Daran schließen sich noch die Forderungen: Name und Adresse des Absenders, des Empfängers, der holländischen Versandfirma, des Verschiffungshafens und genauer Angabe des Inhalts, des Warenzeichens und des Wertes der Sendung.

Daß mit dieser Forderung die so bereitwillig zugestandene Rohstoffeinfuhr und Warenausfuhr unmöglich gemacht worden war, ist für jeden selbstverständlich, der nur etwas die Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens kennt. Schon die Deponierung des Erlöses auf einer englischen Bank bis zum Ende der Okkupation bedeutet ein rasches, unbedingtes Verbluten der belgischen Industrie. Statt eines Warenaustausches fände nur Ausfuhr statt, ohne daß ein Gegenwert, sei es Geld, sei es Ware, ins Land käme. Die Industriellen könnten weder ihre Arbeiter bezahlen, noch ihre Werke instand halten, noch Rohstoffe einkaufen, noch in irgendeiner kaufmännischen Weise über ihre Betriebsmittel disponieren. Sie könnten nur für eine gewisse Zeit Englands Handelsbilanz verbessern und dann Konkurs ansagen.

Aber auch die anderen, von England der belgischen Industrie abverlangten Angaben sind nichts mehr und nichts weniger als die in ein System gebrachte Handelsspionage! Mit diesen Angaben hätte England die belgischen Handelsbeziehungen und Methoden völlig in der Hand und würde sie, getreu seiner beim Kriegsanfang ausgegebenen Parole, gewiß nicht ungenutzt lassen. Also auch hier eine unmögliche Bedingung, die zeigt, daß selbst bei Verbündeten in Geldfragen die Gemütlichkeit aufhört.

Die deutsche Verwaltung in Belgien hat in voller Uebereinstimmung mit den Reichsämtern trotz allem ihre Bemühungen nicht eingestellt, der belgischen Industrie, so gut es geht, zu helfen. Vor allem hat sie schon im August 1915 den Industriellen erklärt, daß eingeführte Rohstoffe und zur Ausfuhr hergestellte Fabrikate requisitionsfrei seien, es aber den Interessenten überlassen, die unmöglichen Bedingungen Englands zu beseitigen. Seither gehen die Verhandlungen hin und her, und langsam hat sich England bereit finden lassen, die belgische Industrie nicht auf einmal, sondern nur langsam zu erdrosseln. Erst gestand es die Auszahlung in Höhe der Arbeitslöhne, dann in Höhe der Selbstkosten zu. Erst wollte es 45 Prozent des Verkaufspreises ins Land lassen, dann 50 Prozent. In letzter Zeit hat sich das Angebot für Waren, die England dringend braucht, sogar auf 80 Prozent gesteigert. Die deutsche Verwaltung bleibt aber fest auf den Bedingungen, die sie nicht in ihrem, sondern im Interesse der belgischen Industrie stellen muß: volle Bezahlung und keine Handhaben für Handelsspionage!

Sie erwartet also die Annahme dieser längst gestellten Bedingungen. Sie erwartet sie um so mehr, als sie ihrerseits alle Requisitionen, die der englische Wirtschaftskrieg nötig gemacht hat, bar bezahlt und so das Ihre tut, um die Verarmung hintanzuhalten. Sie kann nur Geld geben, Rohstoffe müßen die englische Blockade passieren. Solange allerdings England die von uns nach Möglichkeit geförderte Kohlenausfuhr als Beispiel unserer „Ausräuberungspolitik" anführt, statt anzuerkennen, daß wir hunderttausend Arbeitern in heimischen Betrieben auf diesem Wege ihren Unterhalt verschaffen, solange der Haß derart die Begriffe verwirrt, kann man den Belgiern und ihrer Industrie keine großen Hoffnungen auf den englischen Bundesbruder machen.

Die Steuervorlagen im Reichstag.

Der Seniorenkonvent des Reichstages, der am 15. März vor der ersten Plenarsitzung zusammentritt, wird vor allem über die wichtige Frage der parlamentarischen Behandlung der Steuervorlagen die Entscheidung treffen müssen. Obwohl die Reichsregierung auf möglichst schnelle Erledigung der Steuervorlagen begreiflichen Wert legt, scheint es doch ausgeschlossen, daß die Vorlagen etwa schon am zweiten Tage, also am Donnerstag, auf die Tagesordnung kommen, da natürlich zunächst den Fraktionen Raum für ihre Besprechungen gelassen werden muß. Wahrscheinlich wird also der 16., vielleicht auch noch der folgende Tag sitzungsfrei bleiben. Nach der ersten Lesung der Steuervorlagen wird dann eine weitere Pause für die Kommissionsverhandlungen eintreten müssen. Ehe der Seniorenkonvent gesprochen hat, steht aber noch nicht fest, ob die Steuervorlagen etwa gemeinsam mit dem Etat oder getrennt beraten und verabschiedet werden sollen. Auf alle Fälle hält man es im Reichstage für ganz unmöglich, beide Vorlagen, den Etat und die Steuervorlagen, vor Ostern unter Dach zu bringen.

Schweinefleischregelung in Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 9. März.

Das bayerische Staatsministerium des Innern hat zu der Bundesratsverordnung vom 14. Februar 1916 betreffend Regelung der Schweinepreise folgende Verordnung, die sofort in Kraft tritt, erlassen: „Beim Verkauf von Schlachtschweinen auf den Märkten und durch den Handel dürfen die Höchstpreise um nicht mehr als 10 Prozent überschritten werden. Bei den Festsetzungen von Höchstpreisen durch die Gemeinden für die Abgabe an den Verbraucher sind folgende Pfundpreise festgesetzt: Für rohes frisches Schweinefleisch und für gepökeltes Schweinefleisch 1,60 Mark, für rohes Schweinefett 1,90 Mark, für ausgelassenes Schweinefett 2,10 Mark, für gesalzenen Speck 1,90 Mark. Bei gewerblichen Schlachtungen muß mindestens ein Drittel des Schlachtgewichtes des Schweines zum Fleischverkauf bestimmt werden.

Kriegsgefangene Feldwebelleutnants.

Völkerrechtswidrige Behandlung durch die Franzosen.

Die französische Regierung behandelt im Gegensatz zu der englischen und russischen trotz erneuter Vorstellungen Deutschlands unsere kriegsgefangenen Feldwebelleutnants auch weiterhin nicht als Offiziere, sondern hält sie in Mannschaftslagern interniert. Dieses Verfahren hat die deutsche Regierung veranlaßt, die in deutscher Gefangenschaft befindlichen, aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangenen „Sous-Lieutenants" aus Offizierlagern in Mannschaftslager zu überführen, wo sie als Unteroffiziere behandelt werden.

Diese Maßnahme wird erst dann rückgängig gemacht werden, wenn den kriegsgefangenen deutschen Feldwebelleutnants in Frankreich eine ihrem Offiziersrange entsprechende Behandlung zuteil wird, insbesondere, wenn ihre Ueberführung in Offiziergefangenenlager durchgeführt sein wird.

Kleine politische Nachrichten.

* Am 8. April d. J. wird die Ständige Deputation des Deutschen Juristentages in Berlin zusammentreten, um die Frage eines engeren Zusammenschlusses zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn auf dem Gebiete der Rechtsbildung zu erörtern. Im Sinne der von den Geheimräten v. Liszt und Zitelmann ausgegangenen Anregung, deren weitere Behandlung durch die Ständige Deputation des Deutschen Juristentages der geschäftsführende Ausschuß in einer Sitzung am 23. Januar d. J. einstimmig beschlossen hat, soll zunächst durch eine allgemeine wissenschaftliche Erörterung ermittelt werden, ob und in welchem Umfang, insbesondere auf welchen Rechtsgebieten eine Rechtsausgleichung zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn möglich und wünschenswert ist.

* Eine neue, wesentlich vermehrte Auflage ist soeben von den im Reichsamt des Innern herausgegebenen „Bundesratsverordnungen über Nahrungsversorgung" (Berlin, E. S. Mittler u. Sohn) erschienen. Die zweckmäßige Zusammenstellung ist nicht nur für alle mit Volks- und Viehernährungsfragen betrauten Behörden und Dienststellen unentbehrlich, sondern namentlich auch für jeden Landwirt, Müller, Bäcker und Händler von Wichtigkeit.

Die Etatsberatung im Abgeordnetenhause.

In einer kurzen Sitzung erledigte heute das Abgeordnetenhaus zunächst nach geringfügiger Debatte den Gestütsetat, bei dem namentlich wieder die Forderung der Erhöhung der Remontenpreise eine Rolle spielte. Dann wurde der Etat der Ansiedlungskommission, zu dem in früheren Jahren immer ein paar Dutzend Redner zu sprechen pflegten, ganz ohne Debatte angenommen, und schließlich wandte sich das Haus der Beratung des Eisenbahnetats zu. Unter den zahlreichen Anträgen befindet sich auch ein Antrag auf Einführung eines Anschlußzuges von Köln an den Balkanzug, zur Ausgestaltung des Verkehrs zwischen dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und den Balkanländern.

* * *

23. Sitzung, Donnerstag, den 9. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung. Die zweite Beratung des Staatshaushaltsvoranschlags wird fortgesetzt bei der

Gestütsverwaltung.

Berichterstatter ist Abg. Dr. **Hoesch**-Neukirchen (Kons.).

Die Kommission beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, die Zucht von Halbblutpferden zu vermehren.

Abg. **du Maire** (Kons.): Um die ostpreußische Pferde- und Remontenzucht wieder auf den früheren Stand zu heben, müssen die Preise erhöht werden, die die Remontenverwaltung zahlt. Dieses Verlangen ist unbegreiflicherweise abgelehnt worden, selbst die gewünschte Zusicherung ist nicht gegeben worden. Kein Stand leidet so sehr unter dem Kriege wie die ostpreußischen kleinen Besitzer; trotz der versagten Zusicherung setzen die Zucht fort. Es muß ihnen aber doch die Existenzmöglichkeit gegeben sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Brors** (Zentr.) tritt für die Forderung der Pferdezucht im Westen ein.

Abg. **v. Oertzen** (Freikons.): Den kleinen Züchtern muß durch Ermäßigung der Deckgelder für Staatshengste, die auch die Besitzer von Privathengsten zur Ermäßigung veranlassen wird, und durch Erhöhung der Remontenpreise entgegengekommen werden, um die Kriegsschädigungen der Pferdezucht auszugleichen.

Landwirtschaftsminister Dr. Freiherr **v. Schorlemer:** Die Wünsche der ostpreußischen Pferdezüchter werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Wir sind mit einer Erhöhung der Remontepreise auch bereits entgegengekommen. Aber natürlich bedarf die ostpreußische Pferdezucht darüber hinaus ganz besonderer Hilfsmaßnahmen. Darüber vergessen wir nicht die Förderung der rheinischen Pferdezucht. Ein abschließendes Urteil über die Kriegserfahrungen für unsere Pferdezucht kann ja noch nicht gefällt werden. Soviel haben aber die Kavallerieattacken gezeigt, daß wir in Zukunft weniger auf gutes Aussehen, viel mehr aber auf Ausdauer und Leistungsfähigkeit unserer Pferde werden sehen müssen. (Zustimmung rechts.) Die Befürchtungen der Pferdezüchter, daß nach dem Kriege wohl eine Aenderung in unserer Pferdezuchtrichtung eingeschlagen werden wird, sind unbegründet. Es wäre sogar ein großer Fehler, eine Umwälzung in unserer Pferdezucht vorzunehmen. Wir werden uns vielmehr darauf zu beschränken haben, Fehler in der bestehenden Zuchtrichtung zu vermeiden. Den Mangel an Deckhengsten kann die Gestütsverwaltung allein nicht ausfüllen. Es sollten die Privathengsthaltungen mehr Förderung erfahren. Die Wünsche nach einer Ermäßigung der Deckgelder können aber dann nicht erfüllt werden.

Straßenpflaster hervorgeschossenen „Etablissements" passen wahrhaftig weit weniger in unsere Zeit als die oder jene Kunstdarbietung, vor der uns die Zensur ängstlich beschützt.

*

Der Fremde in Berlin hatte einmal bis in die späte Nacht Arbeit gehabt und wollte nun um 1 Uhr den Rückweg vom Telegraphenamt zu einem Gang durch die stille, kühle Nacht nützen. Er freute sich auf die Einsamkeit der Straßen, nun aber stand er an der Ecke der Leipziger Straße, ging die Linden „lang", und überall strömten ihm Menschenmassen entgegen. Kopfschüttelnd wollte er schon fragen, was denn los sei? Jungen stürmten über die Straßen, schrien jedem Auto, jeder Droschke nach, Herren, elegante Frauen am Arme, kämpften um Taxameter oder auch bescheidenere Fahrgelegenheiten, die Stadt war voll von Lärm und Bewegung. Eben schlossen Restaurants und Cafés, und aus jedem dieser Tore ergoß sich eine neue Menschenfülle. Die Dämme waren dunkel von Männern und Frauen aller Schichten, und nicht allzu selten schien dem Ohr des Fremden ein Ton zu grell für die Tage, die wir leben. Der Fremde in Berlin blieb stehen und ließ die Menschenflut an sich vorbeigleiten — waren das auch Fremde, alles sozusagen „Urlauber des Schicksals"? Nein, es konnte kein Zweifel sein, die Masse war Berlin. Ein sonderlicher, ein starker Eindruck, diese Wende der Berliner Nacht, diese allnächtliche Promenade der Berliner, die nicht schlafen gehen können, bis sie den letzten Rest, den letzten Schein von Kraft und Aktivität für diesen Tag ausgegeben haben...

Der Fremde in Berlin wertet dieses Bild nicht, aber es bleibt ihm unvergeßlich.

*

Vielleicht muß man aber wirklich ein Fremder in Berlin sein, um derlei mit Bewußtsein zu erleben? Denn es ist erstaunlich, wie viele Berliner einen Teil des Tages gleich den Fremden, leben, noch erstaunlicher aber, wie rasch der Fremde, der hier überhaupt die Luft verträgt, die Formen des Berliner Lebens mitzuüben lernt, sich assimiliert und vergißt, daß er ein Fremder ist. Manchmal scheint es geradezu, als wolle der Berliner als Fremder leben. Seine Leidenschaft für den Aufenthalt in Hotels beweist es. Der Fremde aber ... sei ich dem zu, so muß ich an die typische Geschichte auf der Straßenbahn denken: will an einer Haltestelle einer in den überfüllten Wagen, so wenden sich alle, die schon drin sind, gleichsam mit einem Willen gegen diese seine Absicht, und er hat eine geschlossene Opposition gegen sich. Setzt er trotzdem seine Absicht durch, und versucht nun an der nächsten Haltestelle ein anderer das Gleiche, so gehört der eben noch als lästiger Eindringling Angesehene zu der einhältlichen, von einem Gefühl des gleichen Rechts erfüllten Mehrheit und, wenn er den Neuen abwehrt, hat er selbst, hat die Gemeinschaft, ganz vergessen, daß es noch keine Minute her ist, seit der nun Einheimische ein lästiger Fremdling war.

---

kst. Im Kunstgewerbemuseum hat die österreichische Glasindustrie Haida eine Ausstellung ihrer Arbeiten veranstaltet. Die Gläser und Kristallwaren, die aus diesem Vorort der böhmischen Glaserzeugung stammen, haben seit langem einen guten Ruf und sind auf dem Weltmarkt verbreitet. Sie sind natürlich auch bei uns bekannt. Wie alle alten Industrien leistete auch diese bis vor etwa zehn Jahren ihr Bestes in Nachahmungen alter Muster. Jetzt ist unter dem Einfluß des Wiener modernen Kunstgewerbes eine Verbesserung des Geschmackes in den neuen Schöpfungen zu spüren. Das würde die Ausstellung wohl noch deutlicher zeigen, wenn nicht eine so sehr große Masse von Alltagsware mitgesandt wäre, auch Preßglas zum Beispiel, das nicht ins Kunstgewerbemuseum gehört, und das man gewiß nur aus bundesbrüderlicher Rücksicht zugelassen hat, wie manche anderen Stücke von minderem Geschmack. Auch heute gefallen noch Nachahmungen der alten Ware am besten, wie die roten Kunkelgläser. Neben ihnen behaupten sich gut die Vasen und Büchsen, die Emanuel Margold (Darmstadt) für rot und weiß entworfen hat. Auch von Otto Prutscher sieht man gute Stücke, wenn auch die etwas dünne und steife Manier nicht jedermanns Geschmack ist. Sie spielt auch in den Entwürfen der Fachschule eine große Rolle, es werden da oft die schwarzen Ornamente des Buchschmuckes und Stoffdruckes der Wiener Werkstätten angewandt, auch die quadratischen Formen von Metallkästchen. Das ist nicht stilgerecht. Zum Glück fehlt es nicht an Arbeiten, die, wie Margolds Entwürfe, an die gute, herzhafte, alte, aus dem Material geborene Art anknüpfen. Ihnen gehört hoffentlich die Zukunft.

△ **Bilder als Bauware.** Bruno Liljefors, der berühmte schwedische Künstler, meldet, wie die Schwedische Depeschenagentur mitteilt, der schwedischen Regierung, daß drei ihm gehörige, von ihm gemalte Gemälde, die auf der schwedischen Kunstausstellung in San Francisco ausgestellt waren, auf der Rückkehr in Kopenhagen aufgehalten wurden und von dort nicht weiterbefördert werden, wenn der Künstler nicht eine Erklärung unterzeichne, die Gemälde würden von Schweden nicht „in irgendeiner Form" nach einer mit den Alliierten kriegführenden Macht ausgeführt werden. Liljefors weigert sich, diese Erklärung zu unterzeichnen und ersucht die Regierung um Maßnahmen, durch die er in den Besitz seines Eigentums kommen kann.

⊙ **Der Modevorführung im Hohenzollernkunstgewerbehaus,** bei welcher die Kleider der „Fachklasse für Frauenkleidung" der Kunstgewerbeschule zu Magdeburg sowie besondere eigene Modelle der vorführenden Firma an lebenden Modellen gezeigt wurden, wohnten der Handelsminister Sydow wie auch der Ministerialdirektor Dönhoff und eine Anzahl Herren vom Landesgewerbeamt bei. Die von den geladenen Gästen mit großem Beifall aufgenommene Vorführung wird am Freitag und Sonnabend nachmittag von 5 bis 7 Uhr für die Oeffentlichkeit wiederholt.

Hedwig Humperdinck. Der tragische Tod der edlen Frau Engelbert Humperdincks ist hier schon mitgeteilt worden. Die Mutter starb, als sie den Sohn zu begrüßen kam, der auf kurzem Urlaub von der Front eingetroffen war. Ein Schicksal! Es muß aber noch ein Wort über die Frau gesagt sein, die seltener Art war. In ihr verliert der Meister nicht nur die aufopfernde Gefährtin seines Lebens, die mit Weltklugheit und Tatkraft ihm vierundzwanzig Jahre hindurch die Sorgen und Geschäfte des täglichen Lebens abgenommen und so zwischen der Märchenwelt seiner Phantasie und der realen Wirklichkeit einen glücklichen Ausgleich geschaffen hat. Sie war ihm auch eine treue und kenntnisreiche Beraterin in allen Fragen seiner Kunst. Schrieb sie ihm doch selber das Textbuch der Oper: „Die Heirat wider Willen"! Sie gestaltete auch ihr gastfreies Heim zu einem Treffpunkt musikalischer Geister, zu denen außer der Familie Richard Wagners auch Hugo Wolf, Pfitzner und Schillings zählten. Vier Kinder trauern um die beste und fürsorglichste Mutter, und wer dem Humperdinckschen Hause nahegestanden hat, beklagt mit ihnen den Heimgang dieser hochherzigen Frau. Sie war, was Wieland seine „schöne Seele" nennt. Mit ihrer jugendlichen Art und ihrer stets hilfsbereiten Güte hat sie sich im Herzen aller derer, die sie kannten, ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Zum 70. Geburtstag von Oskar Keßler hat Generalintendant Graf v. Hülsen-Haeseler heute dem Jubilar ein in liebenswürdigsten Worten gehaltenes Telegramm übersandt. Die Beamten der Generalintendantur ließen in der Wohnung Keßlers ein Blumenarrangement überreichen. Von Kollegen, Kolleginnen und Freunden war eine große Anzahl von Glückwunschtelegrammen, Blumen und Geschenken eingetroffen. Die Kollegen vom königlichen Schauspielhaus hatten gestern bereits den siebzigsten Geburtstag am Stammtisch gefeiert.

≋ **Auswärtige Theater.** Das größte Theater in Budapest, die Volksoper, welche viereinhalb Tausend Besucher faßt, wurde, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, an den Eigentümer des Königstheaters und des Ungarischen Theaters Ladislaus Bedthy verpachtet.

Theaterchronik. Im Metropol-Theater geht am 12. März, 8 Uhr, erstmalig die dreiaktige Operette „Wiener Blut" von Johann Strauß neu einstudiert in Szene.

Gilbert wird die am Freitag, den 10. d. M., stattfindende 200. Aufführung seiner Operette „Jung muß man sein" in der Komischen Oper selbst dirigieren.

„Der Ehrenbürger", eine dreiaktige Komödie von Bernhard Rehse, geht demnächst im Schiller-Theater in Szene.

Im Ivo Puhonnys Marionettentheater findet morgen die Erstaufführung von Jodoks (Hanns v. Gumpenberg's) Spirittisendrama „Das Spukhaus" und einer kleinen politischen Sologszene Max Brinkmanns „Romeo und Julia 1916" statt.

Parteipolitik und Volksgesundheit.

Zum Kinderschutz-Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei.

Von **Dr. Gustav Tugendreich,**
Leiter der städtischen Säuglingsfürsorgestelle 5 in Berlin.

[Nachdruck verboten.]

Man kehrt nach langem Felddienst auf einige Wochen in die Heimat zurück, und allmählich öffnet sich Herz und Sinn wieder den Fragen, welchen man in glücklichen Friedenszeiten seine Arbeit gewidmet hat. Wer sich der Förderung des Kinderschutzes verschrieben hatte, wird froh überrascht durch die mancherlei Fortschritte, die mitten im Kriege, infolge des Krieges die deutsche Kinderfürsorge gemacht hat. Was im Frieden nicht die Stimmen der Fachleute, nicht die Petitionen und Anträge der Kinderschutzverbände vermochten, das hat „mit ihrem heiligen Wetterschlage, mit Unerbittlichkeit", die Not des Krieges vollbracht. Im einzelnen sei nur an die Einführung des Stillgeldes durch Bundesratsverordnung erinnert, eine Maßnahme, die auch von grundsätzlicher Bedeutung ist. Um wieviel größer ist aber überhaupt die Teilnahme, um wieviel vertiefter der Ernst, womit die Oeffentlichkeit den Fragen des Kinderschutzes, der Kinderaufzucht gegenübersteht. Vergeht doch kein Tag, ohne daß in den Zeitungen diese Probleme erörtert werden. Alle Welt ist durchdrungen von der Bedeutung eines gesunden und zahlreichen Nachwuchses. „Mitteleuropa braucht Kinder, Kinder, Kinder!", ruft Friedrich Naumann aus, „das ist militärisch wie wirtschaftlich die Voraussetzung alles Gedeihens! Und so wird sogar von den Frauen selbst als ihre eigentliche Aufgabe die Mutterschaft genannt, obwohl ihnen doch gerade der Krieg in vorher nie geahnter Weise den Kreis der männlichen Berufe geöffnet hat.

Der Förderung sozialhygienischer Aufgaben ist der Krieg in mancher Hinsicht günstig, besonders günstig der Förderung durch die Gesetzgebung. Denn ohne parteipolitischen Hemmschuh, ohne Benutzung der berühmten Parteibrille, können im Zeichen des Burgfriedens die Fragen der Volksgesundheit sachlich beraten und mit zweckdienlichen Maßnahmen beantwortet werden. Vordem scheiterten gar nicht selten einleuchtende, leicht durchführbare sozialhygienische Vorschläge an parteipolitischen Erwägungen, obwohl die Probleme der Volksgesundheit zum Teil doch nur mit sanfter Gewalt in Berührung mit der „reinen Politik" gebracht werden können. Gegenwärtig wird man mit einem größeren Maß von Zuversicht, als man vor dem Kriege aufgebracht hätte, der Behandlung entgegensehen, die die Regierung den Kinderschutzanträgen der Fortschrittlichen Volkspartei wird angedeihen lassen. Gleich der erste Antrag, der die Staatsregierung auffordert, „auf eine reichsgesetzliche Regelung des Haltekinderwesens einzuwirken", lenkt die Aufmerksamkeit auf Uebelstände, die wohl schon längst gebessert wären, wenn nur sachliche und sachliche und nicht politische Erwägungen mitgesprochen hätten. Die Regelung des Haltekinderwesens stellt in den Städten mit königlicher Polizei nicht selten eine der unerfreulichen Reibeflächen dar zwischen staatlicher und städtischer Verwaltung. Betrachten wir beispielsweise die Berliner Verhältnisse.

In Berlin gibt es zwei Arten von Haltekindern, staatliche und städtische. Während nämlich im allgemeinen die Polizei die Aufsicht über die Haltekinder führt, sind diejenigen Haltekinder der städtischen Aufsicht unterstellt, für deren Unterhalt die öffentliche Armenpflege eintritt. Wenn also der Unterhalt des Ziehkindes — in der Hauptsache der Entgelt an die Haltefrau — aus privaten Mitteln erfolgt, so untersteht das Kind der polizeilichen Aufsicht, wird der Unterhalt von der Armendirektion bestritten, so hat die Stadt das Aufsichtsrecht. Diese Machtverteilung war niemals zweckmäßig, weil ja ein beständiger Wechsel aus der einen Kategorie in die andere stattfindet. Der uneheliche Vater, der eine Zeitlang regelmäßig Alimente gezahlt hat, wird arbeitslos und außerstande gesetzt, weiterzuzahlen. Die Armenbehörde übernimmt den Unterhalt des Kindes, und dies kommt aus der staatlichen unter die städtische Aufsicht. Bestreitet der Vater wieder den Unterhalt, so tritt wieder die polizeiliche Ueberwachung ein. Ein Wechsel der Ueberwachung, die durch Aerzte und Aufsichtsdamen ausgeübt wird, ist aber recht unerwünscht, weil Meinungsverschiedenheiten nicht selten sind und nichts so sehr das Ansehen der Aufsicht schädigt als sich widersprechende Anordnungen. Der Zustand war immerhin annehmbar, solange die Aufsicht der Polizei und der Stadt etwa einander gleichwertig war. Die Haltefrauen wurden von besoldeten, vorgebildeten Aufsichtsdamen in kurzen Zwischenräumen besucht, die Pflege des Kindes überwacht. Die Stadt Berlin hatte daneben eine regelmäßige ärztliche Ueberwachung durch nur zu diesem Zweck angestellte Aerzte, die „Waisenärzte", eingerichtet, während in der Polizeiverwaltung der Kreisarzt nur gelegentlich, wohl nur auf Wunsch der Aufsichtsdamen, das Haltekind besichtigte.

Als Berlin nun aber mit dem Einsetzen der modernen Säuglingsfürsorge seine Einrichtungen reformierte, als die städtischen Säuglingsfürsorgestellen mit ihrer fortlaufenden fachärztlichen Ueberwachung der Kinder sich zum Mittelpunkt der Kinderfürsorge entwickelten, als in vorbildlicher Weise ein Zusammenarbeiten zwischen der offenen und anstaltlichen Fürsorge der Stadt hergestellt war, schon da konnte nicht bestritten werden, daß das städtische Haltekinderwesen Vorzüge vor dem polizeilichen habe. Als nun vollends Berlin mit der Einführung der Vormundschaft den Kreis der fürsorgerischen Maßnahmen schloß, als damit die Zahl der städtischen Haltekinder immer größer wurde, da hätte man wohl erwarten können, daß die Polizei nunmehr die Versorgung ihrer Haltekinder der vortrefflich ausgebauten städtischen Einrichtung übertragen würde. Eine Zeitlang schien auch, nach Aeußerungen des Vertreters des Polizeipräsidiums, Neigung dafür vorhanden zu sein. In der Tat aber erfolgte nichts derartiges. Im Gegenteil kann aus gewissen Anzeichen geschlossen werden, daß bis auf weiteres alles beim alten bleiben solle. Ich gehe nicht auf die mancherlei Reibungsmöglichkeiten zwischen polizeilichen und städtischen Organen ein, die durch diesen Zustand bedingt sind. Die aus ärztlichen Gründen so wertvolle und wichtige Einheitlichkeit der Ueberwachung wird erschwert, zum Teil unmöglich gemacht. Vor allem aber möchte ich auf die Mehrkosten hinweisen, die diese „Arbeitsteilung" mit sich führt. Die Unterlagen für die Kostenaufstellung der polizeilichen Aufsicht sind mir augenblicklich nicht zur Hand. Ich veranschlage sie ganz ungefähr auf jährlich 40—50 000 Mark. Aber selbst wenn sie den zehnten Teil betrügen, könnte davon noch der größte Teil gespart werden, wenn auch die polizeilichen Haltekinder dem organischen Bau der städtischen Haltekinderaufsicht eingefügt würden. Die Mehrkosten Berlins würden kaum neunzehnzweifel sein. Nun ist es ja aber Berlin nicht allein, sondern es gibt noch eine ganze Reihe von Großstädten, in denen ähnliche Zustände bestehen. Ganz beträchtliche Summen könnten also erspart werden und trotzdem die Fürsorge für die Haltekinder einheitlicher, also wirksamer sein.

Wer die Entwickelung dieser Angelegenheit in Berlin genauer verfolgt hat, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Verhalten der Polizei nicht ganz unbeeinflußt gewesen sei von der Abneigung, der Reichshauptstadt auch nur ein Titelchen ihrer Machtbefugnisse abzutreten, auch auf einem so harmlosen Gebiete wie dem des Haltekinderwesens. Hier hätten denn also innerpolitische Erwägungen, die man in solchen Fällen auch „verwaltungstechnische Bedenken" nennt, der Sozialhygiene einen Streich gespielt.

In auffälligem Gegensatz zu dem Eifer, den der Staat selschermaßen in manchen Großstädten entwickelt, steht die bescheidene Zurückhaltung, die er den Haltekindern des platten Landes gegenüber beobachtet. Man wäre geneigt, das umgekehrte Verhalten zu erwarten. Den vortrefflich mit allen Einrichtungen, mit erprobten Fachleuten reich versehenen Großstädten könnte das Haltekinderwesen ohne Gewissensnöte ganz übertragen werden; hingegen wäre es ersprießlich, wenn der Staat sich in den kleinen, leistungsschwachen, manchmal noch wenig vom sozialen Gewissen angekränkelten Landgemeinden eingehender mit dem Haltekinderwesen befassen würde. Nur vereinzelt sind die Kreise, in denen der Landrat die Erlaubnis zur Haltepflege erteilt, die Listen über den Zu- und Abgang der Haltekinder führt und eine gesundheitliche Kontrolle ausüben läßt. In der Regel ist die Fürsorge für die Ziehkinder völlig der ländlichen Gemeinde überlassen. Diese steht aber gewöhnlich auf einem sehr engherzigen Standpunkt. Das Haltekind wird von einer Gemeinde der anderen zugeschoben; und ist endlich der Unterstützungswohnsitz festgestellt, so wird häufig genug die Pflegestelle vom Gesichtspunkt der Billigkeit ausgewählt. Fehlte es doch bis in die jüngste Zeit (vor dem Kriege) in den ländlichen Zeitungen nicht an Anzeigen, in denen Gemeinden ihre Haltekinder dem Mindestfordernden anboten, wie denn ja auch die „Reihumpflege", gie das Kind von Hand zu Hand stößt, noch nicht verschwunden ist. Die Sterblichkeit der Haltekinder ist daher auf dem Lande gewöhnlich größer als in der Stadt. Wo eine Besserung erzielt ist, hat die private Wohlfahrtspflege das Verdienst. Ganz unzulänglich ist auf dem Lande das Meldewesen der Haltekinder, so daß Verschleppung und Verheimlichung leicht durchzuführen sind. Es soll nicht verkannt werden, daß für manche kleine arme Gemeinde eine Besserung der Zustände mit drückenden Lasten verbunden ist. Der Zusammenschluß kleiner Gemeinden zu einem Armenverband müßte nützlich wirken. Hoffentlich stellt auch die Regierung größere Mittel bereit, um leistungsschwache Gemeinden zu unterstützen. Der dritte Antrag der Volkspartei, vielleicht etwas zu eng gehalten, stellt Forderungen in diesem Sinne. Gut könnten dazu die Summen verwendet werden, die der Staat spart, wenn er in den Großstädten die polizeiliche Haltekinderaufsicht in der kommunalen aufgehen läßt.

An dem Beispiel des Haltekinderwesens sind hier die Vorzüge einer rein sachdienlichen, von politischen Erwägungen freien Behandlung sozialhygenischer Fragen besprochen worden. Dies eine Beispiel stehe für viele andere. Auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege wird hoffentlich der Burgfriede den Kriegsschluß überdauern. Und wenn es nicht der Burgfriede ist, so wird es der Zwang zur höchsten Sparsamkeit sein, der zu einer rein sachlichen Ordnung sozialhygienischer Probleme nötigt. Den Luxus überflüssiger Einrichtungen, die anders als in der Sache selbst begründet sind, werden wir uns so bald nicht wieder leisten können.

Möchten doch Regierung und Volksvertretung die Lehre in den Frieden hinüberretten, daß es in Fragen der Volksgesundheit nur einen inneren Feind gibt: die Volkskrankheit.

Letzte Nachrichten

* In dem Artikel **Bernhard Dernburgs** „Wirtschaftliche Probleme des Weltkrieges", den wir im heutigen Morgenblatt veröffentlicht haben, muß es auf Seite 2, Zeile 25, nicht, wie ein Druckfehler hat sagen lassen, heißen: „Es gibt in England eine einzige Fabrik ersten Ranges", sondern: „Es gibt in England nicht eine einzige Elektrizitätsfabrik ersten Ranges."

Die Kohlennot in Italien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 8. März.

Ein langer Artikel in der „Stampa" weist nach, daß die Mission des Baron Mayor nach London, um mit England eine Vereinbarung zur Hebung der italienischen Kohlennot herbeizuführen, vergeblich gewesen sei. England sollte Italien angeblich 150 Dampfer zur Verfügung stellen, hätte aber nichts getan, weil es nichts tun konnte und keine 4000 bis 5000 Tonnen neuer Dampfer besitzt. Dazu käme noch eine Reihe widriger Umstände, die dazu beigetragen hätten, diese Lage der Dinge zu schaffen. So sei es gekommen, daß heute die Fracht- wie die Kohlenpreise teurer seien als jemals, und daß die Fracht Cardiff—Genua 90 Schilling per Tonne koste. Dazu könne dieser Preis noch nicht einmal übertrieben genannt werden, wenn man bedenke, daß binnen kurzem die großen Getreidesendungen aus Amerika einsetzen und im Frühling große Truppensendungen stattfinden würden. Das von Admiral Bettolo vorgeschlagene Mittel, die für Italien notwendige Kohle mit einer eigenen Kohlenflotte aus England herbeizuschaffen, stoße auf das einzige Bedenken, daß es zu seiner Ausführung eines Jahrzehnts bedürfe. Das „Giornale d'Italia" bringt neue Einzelheiten über die Räumung Durazzos. Schon bei Beginn der österreichisch-ungarischen Kanonade befahl Essad, auf Bitte des italienischen Kommandos, seine Flagge vom Palaste herabzuholen, was unter Militärmusik geschah. Alsdann richtete Essad an die Truppen eine stolze Ansprache und erklärte ihnen, daß die Besetzung Albaniens durch die Oesterreicher völlig bedeutungslos sei, da die Oesterreicher ja binnen kurzem wieder aus Albanien vertrieben sein würden. Er selbst werde mit seinen Leuten nach dem großmütigen Italien ins Exil gehen, um dort die Stunde der Revanche und des Triumphes zu erwarten. Darauf erfolgte die Einschiffung der Essadschen Truppen unter heftigem Feuer der österreichischen Batterien. Nach der Einschiffung dieser Truppen leistete die italienische Garnison noch zwei Tage und zwei Nächte wunderbaren Widerstand, bis sich das Meer beruhigt hatte. Am 25. kam die österreichische Flotte in Sicht und blieb einen halben Tag, um den Abzug der Italiener zu hindern, doch in aller Eile dampfte auch schon eine italienische Flotte von Kriegsschiffen aller Art herbei. Als sie ankamen, waren die Oesterreicher bereits verschwunden. Nun konnte die Einschiffung italienischer Truppen ruhig vonstatten gehen. Zu diesem Zwecke bauten die Italiener bis zur Landungsstelle einen langen Wall von Mehlsäcken, hinter dem die Soldaten unbehelligt die Boote erreichen und sich an Bord der Schiffe begeben konnten.

Die Abgeordneten der italienischen Gegenden mit Privatbahnen entsandten eine Abordnung zum Arbeitsminister, um eine Erhöhung des bisher vom Staate an die Privatbahnen überlassenen Kohlenquantums von 5000 Tonnen auf 20 000 Tonnen monatlich zu möglichst billigem Preise zu erbitten. Außerdem wollen sie die Erlaubnis erwirken, die Tarife um 10 Prozent mehr als im Dekret der Privatbahnen vorgesehen, zu erhöhen. Dies seien die einzigen Mittel, um eine allgemeine Krisis der Privatbahnen hintanzuhalten, die bereits 25 bis 40 Prozent mehr ausgeben als einnehmen.

Rede des Ackerbauministers Naumow über die Lage der russischen Landwirtschaft.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Stockholm, 9. März.

Bei der Budgetdebatte beantwortete der Ackerbauminister Naumow die Mobilisierung der agrarischen und sozialen Kräfte. Er betonte dabei sein stetes Streben, mit dem Volk zusammenzuarbeiten. (Rufe: „Sie sind auch der einzige im Kabinett!") Das Volk müßte mit Fleisch sparsamer sein und weniger essen, da infolge des rückgehenden Rinderbestandes die Fleischfrage für Rußlands Zukunft die größte Bedeutung angenommen habe. Durch den Mangel an Arbeitskräften habe sich die Ackerbaufläche um 10,8 Prozent vermindert, es würden dahe für den Sommer 1916, nach Rücksprache mit Kriegsminister Polanow, 257 000 Soldaten zur Feldarbeit kommandiert, wozu noch 350 000 Kriegsgefangene kämen. Man dar zu einer Million fehle, solle durch Flüchtlinge ergänzt werden. Abe trotz dieser Million requirierter Feldarbeiter rechnet Naumow mi einem Rückgang der Ernte, an der die Mittelschüler freiwillig mit helfen müßten. Leider sei von der Regierung die Ackerbaufrag Chwostow anvertraut worden, wenn auch er, Naumow, dar die höchste Entscheidung behielte. Die Lebensmittel seien durchschnitt lich um 56,7 Prozent gestiegen und die Stimmung im Reich allenthalben gesunken, wofür als Hauptgrund aber die allzu lange Kriegsdauer anzusehen sei. Der frühere Enthusiasmus fehle, wovon sich Naumow selbst durch eigene Beobachtung auf der Lande überzeugt hätte. Deshalb bitte er die Duma um ihren Beistand. Sie solle mit allen Mitteln zu erreichen suchen, daß der ohn hin resignierte Mutschik den Kopf nicht gänzlich sinken lasse. Die Stadtbevölkerung zeige hingegen nicht geringe Lust zu griff dann scharf die Regierung an, da sie ohne die Zustimmung de Duma Gesetze durchführe. Auf diese Weise würden mindestens zwe tausend Gesetzeserlasse ausgefertigt! Der Krieg sei für sie nur e Vorwand zur Verletzung der Konstitution. So hob Chwosto eigenmächtig das den Juden von Schtscherbatow zugestandene Ghett gesetz auf. Die Minister hätten mehr Macht als der Zar, der kein neuen Ukas erlassen dürfe, der nicht im Einklang mit dem Lande gesetzen stünde. Die Minister dagegen kümmerten sich nicht daru Schließlich fragte Godnjew an, welche Motive die Regierung vera laßt hätten, die Duma so lange nicht einzuberufen, worauf das gan Haus fast einstimmig antwortete: „Goremykin und Rasputin."

Unter den Arbeitern herrscht große Erbitterung über die Ermahnung des Ministers des Innern Chwostow an das Krieg industriekomitee, sich nicht mit Politik zu befassen, sondern einzig in der Herstellung von Schrapnells und Munition. Unter den Arbeite Komitee zu verlassen, da sie nicht lediglich als Maschinen betrach werden wollten. Den „Russkija Wjedomosti" zufolge warnt der krieg aktivistische Sozialist Plechanow die Arbeiter vor dies Schritte, da auf diese Weise der Bureaukratie, die einen Separatfried wolle, die Hände gebunden würden. Tatsache sei, daß nach der öst reichischen Wiedereinnahme von Lemberg Maklakow Schtscheglowitow an den Zaren ein Schreiben richteten Inhalts, er sollte sofort mit den Zentralmächten Frieden schließen. — Infolge Ledermangels wird in Petersbu zwangsweise Leder requiriert. Für Denunzianten, die verheimlic Lederdepots verraten, ist ein besonderer Lohn festgesetzt. — Zeichnungstermin der neuesten Anleihe ist für 15. März (bis zum 22. April) festgesetzt, für die städtischen Sparkas sogar bis zum 13. Mai prolongiert worden.

Der Zar empfing am Dienstag, den 7. März, den Dum präsidenten Rodjianko in langer Audienz und ließ genau über den Verlauf der Budgetdebatte unterrichten. — italienische Gesandte in Petersburg sud die Dum mitglieder, die England und Frankreich zu besuchen beabsichtig ein, auch nach Italien zu kommen.

Die Sparsamkeitsbewegung in England

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 9. März.

In Antwort auf den Antrag, zur Erzielung großer Erspar die Uhr um eine Stunde vorzurücken, sagte Asq gestern im Unterhause: Die Nichtbeleuchtung der Straßen das frühzeitige Aufhören des Alkoholverkaufs zusam haben weit mehr dazu beigetragen die Frist zwischen Sonnenunter und Zubettgehen zu verkürzen, als die Einführung der mittele päischen Zeit. Deshalb mußte die Regierung die Anregung, eine kommission zu ernennen, ablehnen. Der „Daily Telegraph" me daß liberale Parlamentsmitglieder sich dem Vors widersetzen, die Weiterzahlung der Diäten einzustellen. Sie ne dies eine Verletzung des Burgfriedens und haben sich in dieser F an Asquith gewendet. Dieser meinte, es sei eine Sache, die das Parlament angehe, mit der er also nichts zu tun habe.

Nach der „Morning Post" beunruhigt man sich im Kriegsministerium über die vielen Dienstbefreiungen, w die Rekrutierungsrichter genehmigen. Der Sonderausschuß des Ministerium des Innern erwägt, welche der ausgesprochenen Befreiungen revidieren. Die „Daily News" melden, daß me Mitglieder des englischen Kabinetts die Rückkehr Lord Fisch in die Admiralität kräftig befürworten. Im Unterhaus n man Asquith zur Ernennung einer Kommission auffordern, Aufgabe die Untersuchung der finanziellen Seite der Frage sein wie man am besten sparen könne. So meine man zum spiel, daß das Vorrücken der Uhr um eine Stunde dem jährlich zehn Millionen Sterling (für Beleuchtung. Die Red.) s würde.

Die Mannschaften auf der Dampferlinie, die von Belfast nach Her und Fleetwood geht, forderten als Ausgleich für die Mi gefahr eine wöchentliche Lohnerhöhung von 12½ Schilling; a ihnen verweigert wurde, brach Streik aus. Nun wollte Mannschaften die Angelegenheit durch ein Schiedsgericht aus lassen, doch schlug die Reederei ihr Gesuch ab, da sie nach dem Arb abkommen während der Kriegsdauer keinen Anspruch auf Lohner hätten. Weil der Hafen in Belfast bereits sehr überfüllt ist, die Unterbrechung der Dampferverbindung Schäden zur Folge hab neue Unsicherheiten für den Verkehr heraufbeschwören.

Verantwortliche Redakteure: für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Kunst: Arndt-Wilmersdorf, für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg, den Roman: Bernhard Jolles-Berlin, für die Handelszeitung, Dr. jur. Pinner-Friedenau; für Politik und den übrigen Teil des Blattes: Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Robert Franke-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 127.
Donnerstag, den 9. März 1916 (Abend)

Berliner Tageblatt.

1. Beiblatt.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Mord in Finkenkrug.

Beginn des Prozesses gegen den Apotheker Kuhnt.

Es ist ein in kriminalistischer und auch in psychologischer Beziehung ungemein interessanter Fall, den die Geschworenen beim Landgericht III zu entscheiden haben. Man denke: ein Mann von akademischer Bildung, ein Mann, der sich wissenschaftlicher Beziehung zu betätigen gewöhnt ist, ein mehrfacher Hausbesitzer, der bisher völlig unbescholten und in still zurückgezogener Häuslichkeit gelebt, steht unter der Anklage, das schwerste Verbrechen begangen zu haben, das das Strafgesetzbuch kennt, das Verbrechen des Mordes. Er soll ein älteres Mädchen, die Näherin Frieda Kliem, unter dem Vorgeben, sie heiraten zu wollen, an sich gelockt, ermordet und beraubt haben. Dabei — und das ist das kriminalistisch Bemerkenswerte — ist noch nicht einmal nachgewiesen worden, daß die Kliem eines gewaltsamen Todes gestorben ist — sie wurde tot im Walde aufgefunden, das ist alles. Freilich, gegen den Angeklagten spricht ein schwerwiegendes Indicium: er ist im Besitz der bescheidenen Habseligkeiten der Kliem befunden worden — eines Sparkassenbuches, dessen Betrag er abzuheben versuchte, einiger geringen Schmuckgegenstände und ein paar silberner Messer und Gabeln. Und dann lag im Zimmer der Kliem eine Briefkarte, aus der man schließen konnte, daß ein gewisser Mertens sich dem Mädchen mit Heiratsabsichten genähert habe. Und diese Briefkarte trägt Schriftzüge, die eine so auffallende Aehnlichkeit mit der Handschrift des Angeklagten zeigt, daß dieser selbst sie beim ersten Anblick als von seiner Hand herrührend bezeichnet hat. Aehnliche Briefkarten hat der Angeklagte — ebenfalls unter falschem Namen — auch an andere heiratslustige Damen gerichtet — wie er angibt, um Stoff für schriftstellerische Arbeiten, für Romane und Novellen zu gewinnen. Die Habseligkeiten der Kliem will er in der Stadtbahn gefunden und längere Zeit aufbewahrt haben, bis er eines Tages, im Moment finanzieller Schwierigkeiten sich verleiten ließ, das Sparkassenbuch zu Geld zu machen, ein Versuch, bei dem er sofort gefaßt wurde.

Das Bild, das man sich sonst von einem Mörder, einem Raubmörder zu machen gewöhnt ist, bietet der Apotheker Kuhnt freilich nicht dar: ein kleiner, hagerer Mann mit offenen Gesichtszügen und ergrautem Haar, beweglich und lebhaft. Nichts verstecktes scheint in ihm zu liegen, nichts heimtückisches — und doch soll er ein Doppelleben geführt haben, und doch hat er wirklich mancherlei getan, was sich mit bürgerlicher Ehrbarkeit nicht verträgt, hat falsche Namen geführt, Quittungen gefälscht und endlich, zugestandenermaßen, die Fundunterschlagung begangen, die ihm die Anklage wegen Raubmordes zugezogen hat. Mit großer Bestimmtheit und Sicherheit verteidigt er sich, keinen Augenblick stockt er, und mit Freimut antwortet er auf alle Fragen, die der Präsident an ihn richtet. Ist es das Gefühl der reinen Unschuld, das den Angeklagten beseelt, ist es eine undurchdringliche Maske? Vorläufig, bei der Befragung des Angeklagten, bietet sich kein Anhaltspunkt dafür, ob man an seiner Unschuld zweifeln soll oder nicht.

Verhandlungsbericht.

Der Prozeß gegen den Rentier Paul Kuhnt, der der unter der Anklage der Ermordung der Schneiderin Frieda Kliem und der Unterschlagung steht, begann heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse. Die Anklage wird, da der frühere Vertreter, Staatsanwalt Fuhrmann, zu den Fahnen einberufen ist, von dem Staatsanwaltschaftsrat Mix vertreten, der Angeklagte wird vom Rechtsanwalt Bahn verteidigt. Als Sachverständige sind anwesend: Für das Medizinalkollegium Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Fürbringer, Rat Dr. Spannut, Chemiker Dr. Müller vom Laboratorium des Dr. Jeserich, Forstmeister Krause und Kriminalkommissar Schneikert. Unter den Zeugen befindet sich diesmal auch der 76jährige Vater des Angeklagten, der jedoch erklärt, die Aussage zu verweigern und deshalb entlassen wird.

Der Angeklagte

behauptet, wie bei der vorigen Verhandlung, daß er an dem Tode der Kliem vollständig unschuldig sei und sie persönlich überhaupt nicht gekannt habe. Er wiederholt seine vorigen Angaben über seine persönlichen Verhältnisse. Nach seiner Darstellung sei sein Vater ein sehr wohlhabender Mann, der noch heute eine große Villa besitze und jedem seiner Kinder viel Geld gegeben habe. Er selbst habe im ganzen 120 000 Mark erhalten, zuerst 40 000 Mark, wofür er sich eine Drogerie gekauft hatte, die ihm und seiner Frau einen auskömmlichen Lebensunterhalt gewährte. Der Vater habe noch am 10. Oktober 1914 goldene Hochzeit gefeiert, an der er (Angeklagter) mit den Geschwistern teilgenommen habe; als er dann drei Tage darauf unter dem Verdacht dieses schweren Verbrechens verhaftet wurde, habe sich sein Vater völlig von ihm zurückgezogen. Aus der weiteren Betragung des Angeklagten geht hervor, daß er seit langen Jahren geschäftlich nicht mehr tätig ist. Zur Laufe der Zeit hat er sich zwei Häuser gekauft, für diese viele Ausgaben gehabt, Gelder, die er einem Bekannten geliehen, verloren und sei nach und nach in schwierige finanzielle Verhältnisse geraten. Im Sommer 1914 ist es ihm schlecht gegangen; er hat an den verschiedensten Stellen Darlehen aufnehmen müssen, hatte persönliche Schulden in Höhe von 10 000 Mark, ist mehrfach verklagt worden, Zwangsvollstreckung ist erfolglos geblieben. Er behauptet, aus schriftstellerischen Arbeiten auf naturwissenschaftlichem Gebiete jährlich etwa 2000 Mark verdient zu haben.

Gelegentlich bringt der Vorsitzende zur Sprache, daß bei ihm auch Wertbriefe von Zweimarkstücken vorgefunden worden sind. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß es sich um eine Spielerei seiner Jungen handle. Rechtsanwalt Bahn behält sich vor, da diese Sache ganz neu zur Erörterung gebracht sei, die Kinder als Zeugen zu laden. Der Angeklagte gibt auf Vorhalt zu, daß er Annoncen aufgegeben habe, in denen von ihm eine Frau gesucht wurde. Die Annoncen hatten folgenden Inhalt: „Oberlehrer, Doktor, Witwer, 51 Jahre alt, sucht eine Lebensgefährtin" usw. Der Angeklagte behauptet auch diesmal wieder, daß er auf diese Weise

Stoff zu Novellen oder Romanen

erhalten zu können glaubte, da er durch die Bekanntschaft mit solchen Damen deren Lebensschicksale zu erfahren hoffte. Er gibt zu, daß er sich auch mit Heiratsvermittlerinnen in Verbindung gesetzt und sich andere Namen, wie „Professor Kalinder" und „Schröder" beigelegt und seinen Taufschein in „Kalinder" umgeändert habe. Geld habe bei dieser ganzen Dummheit — so bezeichnet er jetzt die Sache — absolut keine Rolle gespielt, er habe lediglich die Bekanntschaft machen wollen. Der Vorsitzende weist hierbei darauf hin, daß bei ihm eine ganze Masse von Briefen solcher Reflektantinnen vorgefunden sei, doch sei in diesen kein Atom von Roman- oder Novellenstoff zu finden. Der Angeklagte will auch eingesehen haben, daß dieses ganze Vorgehen seinerseits ein Unsinn sei und deshalb bald damit Schluß gemacht haben. Richtig sei es, daß er mit zwei der Reflektantinnen auch persönlich in Verbindung getreten, er bestreitet aber entschieden, daß er jemals mit einem Mädchen Namens Kliem persönlich in Verkehr gekommen sei oder an eine solche geschrieben habe. Er habe sich auch niemals „Adolf Mertens" genannt. Bezüglich des in seinem Besitze befindlichen Sparkassenbuches der Kliem und der gleichfalls bei ihm vorgefundenen Messer, Gabeln und Löffel, die auch Eigentum der Kliem gewesen sein sollen, bleibt der Angeklagte dabei, daß er das Sparkassenbuch und die übrigen Sachen eines Tages im August in einem Abteil der Stadtbahn gefunden habe. Er habe das Paket, in dem sich diese Sachen befunden, mit nach Hause genommen und verschlossen; er könne sich jetzt auch keine Rechenschaft darüber ablegen, wie er dazu hat kommen können. Als ihm im Oktober viele Mieten aus seinem Hause nicht eingingen, habe er sich des Sparkassenbuchs erinnert und geglaubt, daß er sich darauf Geld verschaffen könne. Da habe er dann ein Mädchen, das er am Alexanderplatz kennen gelernt habe, dazu benutzt, daß sie sich als Frieda Kliem auf der Weißenseer Sparkasse das Geld auszahlen lassen solle. Als er auf das Mädchen wartete, sei er plötzlich von drei Schutzleuten verhaftet und nach dem Polizeipräsidium geschafft worden. Er müsse entschieden bestreiten, daß er unterwegs nach der Tasche gegriffen habe, in welcher er Morphium bei sich trug, und daß er einen Fluchtversuch gemacht haben solle. Richtig sei es, daß er aus Anlaß seiner Käfersammlungen viel mit Giften, wie Cyankali, Arsenik, Sublimat hantiert habe. Von der Tatsache, daß ein Mädchen namens Kliem am 17. Juni in der Forst bei Finkenkrug ermordet vorgefunden worden sei, habe er nichts gewußt.

Als man das erste Mal die verwaiste Wohnung der Kliem betreten hatte, wurde dort auf einem Tisch eine Briefkarte vorgefunden, die an sie gerichtet war und die Unterschrift

„Adolf Mertens"

trug. Der Angeklagte gibt zu, daß die Handschrift auf dieser Karte der seinigen sehr ähnlich sei, doch bestreitet er wiederholt, daß er die Kliem gekannt und mit ihr korrespondiert habe. Es ist auch festgestellt, daß die Kliem in einem Brief an einen Bekannten mitgeteilt habe, daß sie eine Verabredung mit jemand habe und nach Finkenkrug wolle, und zwar gerade an dem Tage, an dem sie das letzte Mal lebend gesehen worden ist. Der Angeklagte behauptet, daß er Finkenkrug zwar kenne, aber am 17. Juni unmöglich dort gewesen sein könne, da er an jenem Tage in Leipzig gewesen sei. Der Vorsitzende hält ihm dagegen vor, daß diese Behauptungen bezüglich seines Alibis sehr eingehend nachgeprüft worden seien, daß man ihm selbst Gelegenheit gegeben habe, in Leipzig an Ort und Stelle seine Behauptungen zu beweisen, der Alibibeweis aber nicht geglückt sei. Der Angeklagte bleibt dabei, daß er in Leipzig gewesen sei. Mit dem Morde habe er nicht das allergeringste zu tun. — Die Vernehmung des Angeklagten ist hiermit beendet.

Am heutigen Todestag Kaiser Wilhelms I. legte die Kaiserin am Sarkophag im Mausoleum zu Charlottenburg einen Kranz nieder, der die Initialen des Kaisers und der Kaiserin trug.

Städtische Kriegsfürsorge. Eine wie große Arbeit den Kommunen durch die Kriegsfürsorge erwächst, geht aus einem Bericht hervor, den der Magistrat der Stadt Wilmersdorf über die Tätigkeit der Unterstützungskommission verfaßt hat. Hiernach wurden allein in Wilmersdorf bis zum Anfang dieses Jahres 21 680 Beschlüsse gefaßt, die mit der Familienunterstützung in Zusammenhang stehen. An Unterstützungsgeldern wurden bis zum 1. Januar dieses Jahres insgesamt 3 512 556 Mark gezahlt. 350 000 Mark wurden für Arbeitslose ausgegeben und 110 000 Mark Darlehen in kleinen Beträgen verabfolgt. Die Deputation zur Hilfe für Hausbesitzer und kleine Gewerbetreibende zahlte einer Reihe von Hausbesitzern rund 40 000 Mark an Darlehen aus. Das Mieteinigungsamt hatte 850 Fälle zu bearbeiten. Einen breiten Raum nahm die Nahrungsmittelversorgung ein. In der städtischen Fleischhalle kauften 707 000 Personen für 1 426 900 Mark Waren und in der städtischen Fischhalle bezogen 432 000 Käufer für 274 000 Mark Fische oder Räucherwaren.

Sammlung am Königin-Luise-Denkmal. Morgen, am Geburtstage der Königin Luise, findet an ihrem Denkmal im Tiergarten zum Besten der „Kriegsspende deutscher Frauendank" eine Sammlung statt, deren Ertrag den Kriegerwitwen und -waisen und den Müttern der Gefallenen und Kriegsbeschädigten zugute kommen wird. Jeder Geber erhält eine Erinnerungskarte. Das kleinste Scherflein ist willkommen.

Der Bau der Nordsüddahn. Wie das Bauamt Nordsüddahn dem Verband Berliner Spezialgeschäfte mitteilt, soll für den Einbau der provisorischen Tunneldecke zwischen Georgen- und Dorotheenstraße etwa vom 13. März ab die Sperrung des gesamten Fuhrwerkers auf dieser Strecke der Friedrichstraße eintreten und jedenfalls vier Wochen aufrecht erhalten werden. Für die Strecke nördlich der Friedrichstraße vom Bahnhof Friedrichstraße bis Weidendammer Brücke wird voraussichtlich vom 13. März ab auch die westliche Hälfte des Fahrdamms für den gesamten Fuhrwerkerkehr freigegeben werden, so daß die ganze Breite des Fahrdamms zur Auf- und Rückfahrt benutzt werden kann. Der Verkehr in den Querstraßen wird unbehindert aufrecht erhalten.

Personalnachrichten. In der bayerischen Armee erhielten Patente ihres Dienstgrades: Generalleutnant Ipfelkofer, Inspektor der Landwehrinspektion Landau, die Generalleutnants z. D. Gruber, Ritter v. Graf; die Generalmajore z. D. Moser, Ritter v. Schmauß. Als Generalleutnants mit dem Prädikat Exzellenz wurden die Generalmajore z. D. Göringer, Marx, als Generalmajor der Oberst a. D. Peter charakterisiert. Der Generalmajor a. D. Otto wurde zur Disposition gestellt. — Die Stadtverordneten von Trier wählten einem Privat-Telegramm zufolge den Oberbürgermeister v. Bruchhausen einstimmig auf Lebenszeit.

Kleine Notizen. Dem Kapellmeister des 4. Garderegiments z. F. Heinrich Schrader ist der Titel königlicher Musikdirektor verliehen worden.

Kriegsspende Deutscher Frauendank. Nach dem Muster Berlins veranstaltet der Ortsausschuß Charlottenburg am 10. und 11. März zwei Sammeltage: die Stellen, an denen Gaben entgegengenommen werden, sind durch Plakate und Aushängeschilde mit dem Wappen der Stadt Charlottenburg kenntlich gemacht; sie werden außerdem an allen Anschlagsäulen noch besonders bekanntgegeben werden.

Neuer Fahrplan Berlin—Skandinavien. Die D-Züge zwischen Berlin und Skandinavien über Rostock und Warnemünde erhalten nach dem Entwurf zum Sommerfahrplan am 1. Mai eine etwas andere Fahrzeit. Die Abfahrt vom Stettiner Bahnhof soll 8 Uhr vorm. erfolgen, von Neustrelitz 8 Uhr 50 Min., so daß der Zug 11 Uhr 39 Min. in Rostock und 11 Uhr 55 Min. in Warnemünde eintrifft. In umgekehrter Richtung fährt man vom 1. Mai an von Warnemünde 6 Uhr 9 Min., von Rostock 6 Uhr 17 Min. und ist in Neustrelitz 8 Uhr 8 Min., in Berlin 9 Uhr 58 Min., vorausgesetzt, daß sich nicht noch weitere Verschiebungen im einzelnen ergeben.

Familientragödie am Kottbuser Ufer. Mit ihrem Sohn ist die 39 Jahre alte Hausdienerfrau Emma Prinz geborene Hamann vom Kottbuser Ufer 59 in den Tod gegangen. Das Ehepaar Prinz bewohnte seit drei Jahren im dritten Stock des Seitenflügels eine Stube und Küche. Der Mann ist arbeitsam und auch die Frau war fleißig. Die Leute lebten in guten Verhältnissen und besaßen eine reichliche und schöne Ausstattung. Die Ehe wurde dadurch getrübt, daß Prinz öfter Witwenbälle und ähnliche Veranstaltungen besuchte und dann erst spät nach Hause zu kommen pflegte. Die eifersüchtige Frau beklagte sich oft darüber. Seit längerer Zeit teilt Prinz im Felde. Vor einigen Tagen schrieb er, daß er wieder nach Hause komme. Diese Nachricht versetzte die Frau in eine solche Aufregung, daß sie beschloß, sich das Leben zu nehmen. Aus der Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen, eine 14jährige Tochter und ein 6 Jahre alter Sohn Helmuth. Das Mädchen liegt seit einiger Zeit schwer herzkrank im Krankenhause. Von dem Sohne konnte sich die Mutter nicht trennen. Lieber wollte sie ihn in den Tod mitnehmen. In der vergangenen Woche sprach sie mit ihrer Schwägerin, die in Pankow wohnt, über die Nachricht, die sie von ihrem Manne erhalten hatte. Sie erklärte ihr, daß sie jetzt, da er wieder nach Hause komme, mit ihrem Kinde aus dem Leben scheiden wolle. Die Schwägerin versuchte sie zu beruhigen. Als sie nichts mehr von ihr hörte, begab sie sich gestern abend in die Wohnung ihrer Schwägerin. Dort fand sie Frau Prinz und ihren Sohn tot in ihren Betten liegen. In den Räumen roch es nach Gas; der Hahn des Kronleuchters stand auf und der Automat war leer. Ein Arzt, der gerufen wurde, stellte fest, daß Mutter und Sohn nicht nur an der Einwirkung des Gases, sondern auch unter der Wirkung eines ätzenden Giftes gestorben waren.

Feldzeichenausstellung im Zeughause. Das erste serbische Feldzeichen ist jetzt in der Ruhmeshalle des Zeughauses zur Schau gebracht worden. Es ist dies die Standarte des serbischen Reiterregiments ersten Aufgebots der Drinadivision. Sie wurde in der Nacht vom 5. bis 6. Februar 1916 von der 1. und 2. Kompagnie eines Reserveinfanterieregiments erbeutet. Die Standarte zeigt auf beiden Seiten die serbischen Farben, in roter, blauer und weißer Seide längsgestreift. In dem roten Felde ist auf beiden Seiten die silbergestickte Regimentsbezeichnung in serbischer Sprache angebracht. Auch in dem weißen Felde ist eine serbische Inschrift in Silberstickerei zu lesen. Auf der linken Seite befindet sich ein länglich rundes Mittelfeld mit einem Heiligenbild. Die Mitte der rechten Seite nimmt ein kreisrundes Mittelfeld mit dem serbischen Doppeladler ein. Beide Mittelfelder sind gemalt. Silberne Fransen schmücken die drei Flugseiten des Fahnentuches. Der schwarzlackierte Standartenschaft wird oben durch eine silberne Kugel und ebensolche Spitze abgeschlossen. Die kurzen Standartenbänder sind von Seide und in den serbischen Farben gehalten. Ein zweites ausgestelltes Feldzeichen ist eine Fahne des vierten Bataillons des russischen Wolhynischen Infanterieregiments Nr. 53 des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch. Das Feldzeichen wurde bei Nachgrabungen in Mödlin in einem Zinkkasten aufgefunden. Das rosedagrüne, seidene Fahnentuch zeigt das bekannte Kreuzmuster mit weißen Einschnitten an den vier Ecken. Auf beiden Seiten der vier Eckteile ist, von einem Lorbeerkranz umgeben, der gekrönte kaiserliche Namenszug „N. I." in Goldmalerei angebracht. Die Mitte wird von einem kreisrunden, mit einem Lorbeerkranz umgebenen Felde, das auf einem gelben Grunde den russischen Doppeladler, von der Kaiserkrone überragt, zeigt, eingenommen. Der fehlende Schaft ist von der Zeughausverwaltung ersetzt worden.

Zeichnungen auf die neue Kriegsanleihe.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat auf die vierte Kriegsanleihe **30 Millionen Mark** gezeichnet gegen 20 Millionen Mark bei der dritten Kriegsanleihe. — Die Kreissparkasse Bielefeld, die sich bei den bisherigen drei Kriegsanleihen bereits mit 17½ Millionen Mark beteiligt hatte, wird auf die vierte Kriegsanleihe voraussichtlich wieder denselben Betrag wie bei der dritten Anleihe, 9½ Millionen Mark, zeichnen. — Es zeichneten ferner: Der Vorstand der Nordöstlichen Baugewerksgenossenschaft 1 250 000 Mark; die Aktiengesellschaft Mix u. Genest in Berlin-Schöneberg 1 000 000 Mark; der Konzern der Osteldischen und Breslauer Spritwerke 1 000 000 Mark; die Altonaer Margarinewerke Mohr u. Co. G. m. b. H. 500 000 Mark; die Eisengroßhandlung Weil und Reinhandl in Mannheim 500 000 Mark, das Personal der Firma 300 000 Mark; die städtische Sparkasse in Lennep 2 Millionen Mark; die städtische Sparkasse in Wermelskirchen 2 150 000 Mark; die Gerresweiler Spar- und Darlehnskasse 1 Million Mark; die städtische Sparkasse in Lüttringhausen 1 Million Mark; die Firma Gebhard u. Co. A.-G. in Bohwinkel 500 000 Mark; die Firmen H. Urbahn sen. Nachflg. und Louis Frankenstein in Burscheid bei Köln 100 000 Mark; die Andernacher Nahrungsmittelfabrik Luithlen u. Neumann in Andernach am Rhein 450 000 Mark; der Verband mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphenbeamter 130 000 Mark; ein Rumäne 400 000 Mark; die „Königsborn"-Akt.-Ges. für Bergbau, Salinen und Solbadebetrieb 400 000 Mark; Kommerzienrat Goldfarb in Preußisch-Stargard für sich 200 000 Mark, für seine Firma 100 000 Mark; die Zuckerraffinerie in Halle eine Million Mark; die Schuhfabrik Heß A.-G. in Erfurt 250 000 Mark; die Aachener Kleinbahngesellschaft 200 000 Mark.

*

Die Stadtgemeinde Berlin-Wilmersdorf wird wieder zu erleichterten Bedingungen Zeichnungen auf die Kriegsanleihe entgegennehmen. Der Höchstbetrag der einzelnen Zeichnung ist auf 2000 Mark, der Mindestbetrag auf 10 Mark festgesetzt. Die erste Zahlung ist bei der Zeichnung zu leisten. Jede Zahlung muß mindestens ein Zehntel der ganzen gezeichneten Summe und nicht unter 10 Mark betragen. Die Gemeinde verzinst die gezahlten Beträge vom Einzahlungstage ab mit 5 Prozent. Bei Zeichnungen von 100 Mark und mehr müssen die gezeichneten Beträge spätestens am 10. April 1917 voll eingezahlt sein. Zeichnungen und Zahlungen nehmen die Stadthauptkasse und die vier Steuerzahlstellen an. Auch die städtischen Schulen Berlin-Wilmersdorfs werden die Anleihezeichnungen wieder unterstützen. Höhere Schulen und Gemeindeschulen nehmen solche von 10 Mark an aufwärts entgegen. Gleichzeitig besorgen die Schulen den Kauf und die Verwaltung der Anleihestücke. Diese bleiben in Verwahrung der Schule, solange es die Eltern der Schüler wünschen, und werden spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß zu dem dann gültigen Kurse verkauft. Die Zeichnungsfrist läuft bis 22. März.

Unzulässige Marktpreise.

Eine Entscheidung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung hat der Fachausschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin gefällt. Eine Berliner Großhandelsfirma hatte für alte, zu billigen Preisen gekaufte Warenbestände die bedeutend höheren Marktpreise verlangt. Der Fachausschuß der Preisprüfungsstelle hat demgegenüber auf Unzulässigkeit erkannt. Das Verfahren der Firma verstoße gegen das Gesetz vom 23. Juli 1915 betreffend übermäßige Preissteigerung. Es sei der Sinn des Gesetzes, alle infolge des Krieges möglichen Konjunkturgewinne für Gegenstände des täglichen Bedarfs unmöglich zu machen. Der klare Wortlaut des Gesetzes besagt, daß derjenige bestraft wird, der für seine Ware Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten oder solche Preise sich von einem anderen gewähren oder versprechen läßt (§ 5 Ziffer 1). Demnach ist für die Beurteilung der Frage, ob ein Preis zulässig ist, nicht der Marktpreis allein der Maßstab, sondern lediglich die Erwägung, ob der Verkäufer einen unverhältnismäßigen auf Konjunkturausnutzung beruhenden Gewinn erzielt.

Die Entscheidung liegt zweifellos im Grundgedanken des Gesetzes vom 23. Juli. Eine andere Folge schließt das Gesetz in sich, an die man meistens noch viel weniger denkt: auch der Höchstpreis ist nicht ein Preis, den jeder ohne weiteres fordern darf, sondern der Verkäufer macht sich strafbar, der Höchstpreise fordert, die ihm im

Verhältnis zu seinem Einstandspreise einen **unverhältnismäßigen Gewinn** gewähren. Die juristische Seite der Frage ist also völlig klar; weniger klar aber ist die praktische Bedeutung dieser Entscheidung. Der Händler klassiert die Ware nicht nach Einstandspreis, sondern nach der Warenart; man sieht der Ware aber nicht an, was ihr Einstandspreis ist. Das gesunde Empfinden des Käufers wehrt sich dagegen, für dieselbe Ware, die eben noch billig zu haben war, jetzt mehr zu geben, trotzdem er genau weiß, daß die Ware aus dem gleichen Vorrat ist, aus dem ihm kurz zuvor die billigere Ware geliefert wurde. Hier liegt zweifellos eine Quelle **starker Verstimmung** und gelegentlicher Verbitterung der Verbraucher, der es nicht verstehen kann, daß der „Markt" als die unverantwortliche, unpersönliche Macht ihn so oft ihren Druck spüren läßt. **Konjunkturgewinne** dieser Art kommen ihm, besonders in jetziger Zeit, als **verwerflich** vor und er verlangt von der Gesetzgebung, daß sie sie unterbinde. Gewiß kann im einzelnen Falle eingegriffen werden, aber den juristisch klaren Grundsatz allgemein praktisch erfolgreich durchzuführen, dürfte unmöglich sein.

Das Eiserne Kreuz.

Mit dem Eisernen Kreuz **erster** Klasse wurde der Leutnant K. Martin-Magdeburg ausgezeichnet.

Das Eiserne Kreuz **zweiter** Klasse erhielten: Direktor der städtischen Straßenbahnen in Breslau, Hauptmann d. R. Alfred Bleyberg; Leutnant d. R. Alfred Becker-Straßburg i. E.; Assistenzarzt d. R. Fritz Gaßmann-Breslau; Bizewachtmeister, Referendar Dr. Erich Manasse; Kand. jur. Kurt Weißenberg-Berlin; Unteroffizier stud. phil. Walter Weirich-Pankow; Musketier Max Aron-Berlin-Schöneberg; Stabsarzt Dr. Ernst Meyer; Kaufmann Friedrich Herzberg-Berlin; Unteroffizier Wilhelm Reichelt.

*

Der praktische Arzt Dr. S. Frankenstein-Berlin ist zum **Oberstabsarzt**, der bayerische Major Wilhelm Huber-Berlin zum Oberstleutnant befördert worden.

Die Aufforderung zur ärztlichen Untersuchung. Ein interessanter Rechtsfall kam in der letzten Sitzung der vierten Kammer des **Berliner Kaufmannsgerichts** zur Entscheidung. Der Sachverhalt war folgender: Der Reisende B., der bei der beklagten Gesellschaft in Stellung war, meldete sich eines Tages krank und teilte der Gesellschaft mit, daß er sofort nach Wiederherstellung seinen Posten wieder antreten werde. Die Geschäftsleitung hegte indessen Zweifel daran, daß B. wirklich ernstlich erkrankt war. Sie wurde darin noch durch die zu ihrer Kenntnis gekommene Tatsache bestärkt, daß der Kläger sich bei einer Konkurrenzfirma in der Zwischenzeit beworben und dort vorgestellt hatte. Um sich Gewißheit über die Krankheit zu verschaffen, verlangte die Beklagte von dem Reisenden schriftlich die Untersuchung durch ihren Vertrauensarzt. Gerade aber dies Verlangen der Firma hatte zur Folge, daß die Klage des Reisenden auf Zahlung von 400 Mark Restgehalt zu ihren ungunsten entschieden wurde. Die Beklagte wandte zwar ein, daß B. mit dem Schreiben für den Fall der Nichtuntersuchung seine Entlassung angekündigt wurde, und daß dieser Fall eingetreten war. Das Kaufmannsgericht kam jedoch auf Grund folgender Erwägungen zur Verurteilung der Beklagten: Es sei durchaus nicht zu billigen, daß ein wegen Krankheit fehlender Angestellter diese Zeit benutze, um sich hinter dem Rücken seines Arbeitgebers bei einer anderen Firma vorzustellen. Die Beklagte habe sich aber selber aller Rechte dadurch begeben, daß sie die Untersuchung durch den Vertrauensarzt verlangte. Betrachtet die Beklagte den Kläger als sofort entlassen, dann hatte sie kein Recht von ihm eine Untersuchung durch ihren Vertrauensarzt zu verlangen. Dadurch habe sie im Gegenteil zu erkennen gegeben, daß sie die vorher ausgesprochene Entlassung als **zurückgenommen** ansieht. Sonst hätte ja ihr Verlangen nach vertrauensärztlicher Untersuchung gar keinen Sinn. Dem Kläger stehe somit das Gehalt bis Ende Januar zu.

Die Schreckenstat eines Geisteskranken hat in Kalkberge große Aufregung hervorgerufen. Dort wohnt seit mehreren Jahren der 44jährige Seifenhändler Scharff, der in der Friedrichstraße 36 eine kleines Geschäft betreibt. Scharff ist schon seit längerer Zeit **geisteskrank**. Er blieb jedoch zu Hause und versah das kleine Geschäft allein, während seine Frau außerhalb beschäftigt war. Vorgestern war Frau Scharff schon früh fortgegangen, während der Mann und der 10jährige Sohn noch schliefen. Als die Frau in den späten Nachmittagsstunden zurückkehrte, fand sie die Tür des Ladens noch verschlossen. Sie ließ die Tür durch den Hauswirt öffnen. Den Eintretenden bot sich ein furchtbarer Anblick dar. In seinem Bette lag der Knabe tot, und neben dem Bette saß leinahmslos der Vater. **Würgemale am Halse** des Kindes zeigten sofort, daß das Kind erdrosselt worden war. Der Vater, der die entsetzliche Tat in einem besonders heftigen Anfalle seines Leidens verübt hatte, ließ sich von der benachrichtigten Polizei ohne Widerstand festnehmen. Auf Grund des Gutachtens des Arztes wurde Scharff zunächst im Verbandskrankenhause interniert, von wo er dann nach der **Irrenanstalt** Eberswalde übergeführt werden wird.

Kinder als Brandstifter. Durch spielende Kinder ist in Schenkendorf bei Königswusterhausen ein größeres Schadenfeuer angerichtet worden. Zwei neunjährige Knaben, die heimlich Zigaretten rauchten, warfen in unmittelbarer Nähe einer Scheune, die der Grube „Zentrum" gehörte, brennende Zündhölzer fort. Dadurch fing Reisig, das dicht an der Scheune lag, Feuer, das sich sehr schnell ausbreitete. Die Scheune, in der etwa 70 Fuhren unausgedroschenen Roggens und eine große Menge Lupinen lagerten, brannte vollständig nieder.

Beförderung von Invaliden durch Schweden. Aus Stockholm wird depeschiert: Die heutige Generalversammlung des Roten Kreuzes, die unter dem Vorsitz des Prinzen Karl abgehalten wurde, beschloß die Wiederaufnahme der Beförderung von Invaliden durch Schweden. Es wurde ferner mitgeteilt, daß ein unbekannter Spender dem schwedischen Roten Kreuze tausend Krankenbahren geschenkt hat.

Kunst und Wissenschaft.

Das Senckenbergsche Naturhistorische Museum in Frankfurt a. M. hat die äußerst wertvolle **Vogelsammlung** des verstorbenen Freiherrn **Hans v. Berlepsch** angekauft. Die Sammlung, die von Amerika erworben werden sollte, enthält 55 000 Exemplare, darunter viele Unikas und 300 große Seltenheiten.

Der Bund für Schulreform, der durch Kongresse, Veröffentlichungen und Ortsgruppenarbeit für die Verbreitung und Vertiefung des pädagogischen Interesses in Deutschland wirkt, hat statt seines bisherigen Namens die Bezeichnung **Deutscher Bund für Erziehung und Unterricht** angenommen. Er war bisher im wesentlichen eine Vereinigung der Erziehung Ausübenden. Bisher fehlte ihm die Fühlung mit den Berufen. Um dem abzuhelfen hat der Bund einen **deutschen Ausschuß für Erziehung und Unterricht** gebildet. Neben einer Reihe von hervorragenden Einzelpersönlichkeiten sollen in ihm alle in Betracht kommenden gesamtdeutschen Organisationen vertreten sein. Das erste Programm, das der Ausschuß zu bearbeiten gedenkt, ist der Aufstieg der Begabten.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der zum ordentlichen Professor für mittlere und neuere Kunstgeschichte an der Breslauer Universität berufene Professor an der Technischen Hochschule in Darmstadt, Dr. Wilhelm Pinder, tritt zum neuen Amt mit Beginn des Wintersemesters 1916/17 an.

Professor Dr. Wolfgang Voigt, der als Vertreter für synthetische Geometrie der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät der Universität Heidelberg angehörte, ist gestorben. Er hat ein Alter von 33 Jahren erreicht.

Die philosophische Fakultät der Königsberger Universität hat dem jetzt in Gießen im Ruhestande lebenden Geheimen Medizinalrat Professor Ludwig Stieda anläßlich seines 50jährigen Professorjubiläums die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Der Gelehrte ist 1837 in Riga geboren und gehörte von 1883 bis 191 der Königsberger Universität als Anatom an.

Für das Fach der Chirurgie habilitiert sich am 10. d. M. in Breslau Dr. med. Eduard Melchior, Assistenzarzt der chirurgischen Klinik, mit einer Antrittsvorlesung: „Lebende Panaritien und ihre Behandlung".

Als Hauptmann eines Landwehrregiments im Westen begeht am 11. März der Tübinger Universitätsprofessor Dr. Gotthold Gundermann, Ordinarius der klassischen Philologie, seinen 60. Geburtstag. Gundermann wirkt seit 1902 als Nachfolger von Rudolf v. Herzog in Tübingen. Bei Kriegsausbruch eilte er als Freiwilliger zu den Fahnen.

Geheimer Rat Dr. jur. et phil. Julius Pierstorff, ordentlicher Professor der Staatswissenschaften an der Universität Jena, vollendet heute sein 65. Lebensjahr. Er nahm als Einjährig-Freiwilliger am Kriege 1870/71 teil, habilitierte sich hierauf an der Universität Göttingen und wirkt seit 1879 an der Universität Jena.

An Stelle des nach Frankfurt a. M. übersiedelnden Professors Dr. Friedr. Koepp wurde der Geheime Baurat Schmeddinck zum Vorsitzenden der Altertumskommission für Westfalen gewählt.

Der Ordinarius der klassischen Philologie und Archäologie an der Züricher Universität, Professor Dr. phil. Hugo Blümner begeht am 12. März das 50jährige Doktorjubiläum.

Der ordentliche Professor für Chirurgie an der Universität Genf, Dr. Charles Girard, ist im Alter von 65 Jahren gestorben. Er gehörte zu den bedeutendsten Chirurgen der Schweiz.

Der hervorragende österreichische Astronom Dr. Friedr. Bischof, Adjunkt am k. k. maritimen Observatorium in Triest, ist kürzlich gestorben. Der Gelehrte war durch seine ausgedehnte astronomische Beobachtungstätigkeit und seine bedeutenden Katalogisierungsarbeiten bekannt geworden.

Die ältesten Gewölbe eines Berliner Wohnhauses. Nach der letzten Arbeitssitzung des Vereins für die Geschichte Berlins besuchten die Mitglieder die ältesten Gewölbe, die noch aus den Zeiten des Mittelalters in einem Berliner Wohnhause erhalten sind. Die ehrwürdigen Gewölbe befinden sich in der Schipmannschen Weinstube, Hoherstein weg 15. Dort zeigte Paul Roesner die sogenannte Haustapelle des Patrizierhauses. Ein ganz besonderes Interesse erregte aber in dem Hinterzimmer das prächtig erhaltene Sterngewölbe mit großen Konsolsteinen, ferner ein hochgewölbter Gang, der jetzt zur Lagerung von Lebensmitteln dient. Bemerkenswert ist auch der hinter dem jetzigen Küchenraum befindliche hohe und breite Rauchfang, der in übermächtiger Ausdehnung sich fast bis zum Dache des Hauses hinzieht und in dem alten Haus einen Kamin gebildet haben mu

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im westlichen Küstengebiet geringe, in den meisten anderen Gegenden stärkere Niederschläge, hauptsächlich Schneefälle.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend: Vorwiegend trübe und etwas neblig mit weiteren Niederschlägen, Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend.

Barmer Bank-Verein.

Hinsberg, Fischer & Comp.

Bericht der Geschäftsinhaber.

Die zweite Jahreswende im Weltkriege liegt hinter uns. Das Jahr stand somit während seiner ganzen Dauer unter dem Einfluss des Krieges, der dem gesamten wirtschaftlichen und bürgerlichen Leben seinen Stempel aufgedrückt hat. Zahlreiche Unternehmungen, die schon zu Friedenszeiten Kriegsmaterial hergestellt hatten, sowie solche, die es verstanden haben, rechtzeitig sich den Bedürfnissen des Krieges anzupassen, haben lohnende Beschäftigung gefunden.

Zur Durchführung von Kriegslieferungen haben wir manchem Geschäftsfreund erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, die bald wieder zurückflossen.

Unsere Wuppertaler Industrie, soweit sie die Herstellung von Spitzen, Bändern, Kordeln und Litzen betreibt, sowie die verwandte Färbereiindustrie, wurden durch die Beschlagnahme von Rohstoffen für Heereszwecke hart betroffen.

Bei zahlreichen Fabriken der verschiedensten Gebiete sind die Vorräte naturgemäss vermindert und die Aussenstände, soweit sie nicht im feindlichen Ausland liegen, zurückgeflossen. Die Beschaffung neuer Rohstoffe gestaltete sich schwieriger. So haben sich viele flüssige Mittel bei diesen Unternehmungen angesammelt, die den Banken zugeflossen sind. Auf diese Weise sind in unseren Büchern viele ehemalige Schuldner zu Gläubigern geworden.

Die dadurch aus unserer Kundschaft uns zurückfliessenden Gelder haben wir anderer Verwendung zugeführt. Verschiedenen grossen Gemeinden wurden gegen Unterlage von Wertpapieren kurzbefristete Vorschüsse gewährt, und in Ermangelung von Warenwechseln, in erheblichen Posten unverzinsliche Schatzwechsel des Reiches und des Preussischen Staates unserem Wechselbestande einverleibt. Auch haben wir grössere Beträge Kriegsanleihe unseren Wertpapierbeständen zugeführt, die über die Hälfte aus verzinslichen Schatzanweisungen bestehen, die teils schon zurückgezahlt sind, teils innerhalb der nächsten zwei Jahre zurückgezahlt werden.

Unsere Kundschaft hat sich lebhaft an der Zeichnung der 2. und 3. Kriegsanleihe beteiligt, und zwar zeichneten wir für uns selbst und unsere Kundschaft

bei der 2. Kriegsanleihe Mk. 50 337 400.—
„ „ 3. „ „ 100 686 000.—

Bereits am ersten Zahlungstermin wurde die 3. Kriegsanleihe von uns voll eingezeckt.

Bei der Ausgabe der Oesterreichischen und Ungarischen Kriegsanleihe beteiligte sich unsere Kundschaft ebenfalls mit nennenswerten Beträgen, allerdings zum Teil behufs günstiger Anlage für die seit längerer Zeit in den befreundeten Ländern angesammelten Guthaben.

Das Vermittlungsgeschäft in Wertpapieren im freien Verkehr hat sich naturgemäss in sehr engen Grenzen bewegt, ebenso lag das Ausgabegeschäft völlig darnieder. Auf unseren Bestand an festverzinslichen Wertpapieren hatten wir im abgelaufenen Jahr infolge Minderbewertung eine Abschreibung von Mk. 1 144 367.55 zu verbuchen.

Unsere Kommanditbeteiligung bei dem Bankhause von der Heydt-Kersten & Söhne hat eine befriedigende Verzinsung erbracht.

Der Talonsteuerrechnung wurden Mk. 150 000.— zugewendet, wodurch diese auf Mk. 600 000.— anwuchs. Dieser Betrag wurde beansprucht durch die Talonsteuer, die bei den im abgelaufenen Jahr neu ausgegebenen Talons zu Mk. 60 000 000.— unserer Aktien fällig geworden ist. Für die Zukunft werden der Talonsteuerrechnung jährlich Mk. 100 000.— zuzuwenden sein.

Ueber grössere Zahlungseinstellungen haben wir nicht zu berichten. Soweit einzelne Kunden unter dem Zwang der Verhältnisse geschwächt worden sind, ist entsprechende Rückstellung vorgenommen worden.

Unsere Einnahmen auf Gebühren- und Zinsenrechnung haben eine weitere Steigerung erfahren.

Der Reichsbanksatz war im abgelaufenen Jahr unverändert 5 pCt., während er sich durchschnittlich im Jahre 1914 auf 4,98 pCt. stellte.

Die Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere sind um ca. Mk. 42 000 000.— gestiegen durch die schon erwähnten Darlehen an grosse Gemeinden.

Unsere Akzeptenrechnung ist ebenso wie der Betrag unserer Aussenstände dagegen erheblich zurückgegangen entsprechend der verminderten Tätigkeit der Industrie und weil die Warenbezüge aus dem Ausland sehr eingeschränkt sind.

Den im Felde stehenden Beamten beziehungsweise deren Familien zahlten wir auch im abgelaufenen Jahre einen erheblichen Teil ihrer Gehälter als Kriegsunterstützungen aus, deren Betrag sich auf ungefähr Mk. 350 000.— belauft und in den Verwaltungskosten enthalten ist.

Weiter haben wir uns an den Bestrebungen der Wohltätigkeit beteiligt und die dafür aufgewendeten Summen auf Rechnung für öffentliche Lasten verbucht.

Wir haben im Jahre 1915 den Verlust von 29 treuen Beamten zu beklagen, die den Heldentod fürs Vaterland gestorben sind. Ihr Andenken werden wir mit Stolz und Dank hochhalten.

Unser Bestand an Wertpapieren setzt sich zusammen aus:

a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten in 21 Arten		Mk. 28 049 774,94
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Notenbanken beleihbare Wertpapiere in 34 Arten		„ 2 828 972,30
c) sonstige börsengängige Wertpapiere:		
1. festverzinsliche Papiere in 6 Arten	Mk. 268 582,52	
2. Aktien in 10 Arten	„ 1 533 227,80	„ 1 801 810,32
d) nicht börsengängige Wertpapiere:		
1. festverzinsliche Wertpapiere in 6 Arten	Mk. 301 097,77	
2. Aktien in 25 Arten	„ 696 510,65	„ 997 608,42

Es betrugen die Einlagen:	31./12. 1915 Mk.	31./12. 1914 gegen Mk.
nach 6 Monaten kündbar	15 635 759 49	18 445 336,64
von 3 Monaten bis 6 Monaten kündbar	11 764 311,80	11 615 408,16
von 7 Tagen bis 3 Monaten kündbar	3 548 076,37	2 451 110,50
mit kürzeren Fristen kündbar	48 587 811,96	37 196 613,14

Die im verflossenen Geschäftsjahre erzielten Umsätze stellten sich wie folgt:

Umsätze in laufender Rechnung	im Soll	im Haben
gegen in 1914	Mk. 5 812 306 227,29	Mk. 5 866 092 304,13
Umsätze auf den lebenden und toten Rechnungen, von beiden Seiten gerechnet	„ 5 527 794 295,50	„ 5 544 195 090,95
gegen im Vorjahre		Mk. 20 727 881 878,68
		„ 20 464 812 896,47

Es gingen ein:		
an Mark- und Platzwechseln	Stück 1 036 535	Mk. 1 323 924 365,32
im Betrage von an Auslandswechseln	Stück 47 924	„ 153 337 899,80
im Betrage von	Stück 1 084 459	Mk. 1 477 262 265,12
im Betrage von gegen 1 995 962 Stück im Betrage von Mk. 1 669 455 429,77 im Vorjahre.		

Es betrug die Summe der Aussenstände:	
am 31. Dezember 1915	Mk. 111 464 571,95
gegen am 31 Dezember 1914	„ 153 407 925,47
Die Gesamtzahl der von uns geführten Rechnungen betrugt 24 810 gegen 23 487 Ende 1914.	
Die Gewinn- und Verlustrechnung weist an Zinserträgnis, einschliesslich des Ergebnisses der Auslandswechsel und der Beteiligung bei dem Bankhause von der Heydt-Kersten & Söhne, auf	„ 7 140 787 50
an Gebühren	„ 4 802 844,74
	Mk. 11 943 632,24
Es betrugen die gesamten Verwaltungskosten einschliesslich Steuern	„ 3 387 085 09
so dass verbleiben	Mk. 8 556 547,15
Nach Abschreibung und Rückstellung auf Wertpapiere, Aussenstände, Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen, Talonsteuer und Wehrbeitrag	„ 2 767 975,47
stellt sich der Gewinn des Jahres 1915 auf	Mk. 5 788 571,68
Hiervon erhalten die Kommanditisten 4 % Dividende auf Mk. 92 499 400.—	„ 3 699 976.—
	Mk. 2 088 595,68

Von diesem Betrage sind zu kürzen		
1. vertragsmässige Gewinnanteile an persönlich haftende Gesellschafter und Direktoren (62 Personen)	Mk. 512 683 38	
2. satzungsgemässe Gewinnanteile an den Aufsichtsrat 8 pCt	„ 165 232,55	Mk. 677 915,93
		Mk. 1 410 679,75
Wir schlagen vor, daraus den Kommanditisten eine weitere Dividende von 1½ pCt. auszuzahlen, so dass verbleiben		„ 1 387 491,
nebst Vortrag aus 1914		Mk. 23 188 75
		„ 357 341,44
für das neue Geschäftsjahr		Mk. 380 533,19

Einladung.

Zu der **einunddreissigsten ordentlichen Generalversammlung** unserer Gesellschaft, welche an **Sonnabend, den 1. April 1916, Vormittags 9¾ Uhr,** im Verwaltungsgebäude der Gesellschaft in Mainz-Kostheim, Bruchstr. 32, stattfindet, werden die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft hiermit ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstands und des Aufsichtsrats.
2. Vorlage der Bilanz und des Gewinn- und Verlustkontos sowie Beschlussfassung darüber.
3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.
5. Wahl eines Revisors.
6. Aenderung von § 12 Ziffer 2 des Statuts, betreffend die Vergütung an den Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind die Aktien nach Paragraph 14 der Statuten anzumelden und zu hinterlegen, welcher lautet:

1. Jeder Aktionär ist zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigt, sofern er

nicht nur

a) seinen Aktienbesitz, hinsichtlich dessen er ein Stimmrecht in der Generalversammlung ausüben will, **spätestens bis Abends 6 Uhr des dritten Werktages vor der Generalversammlung (dieser Tag nicht mitgerechnet)** bei der **Gesellschaft** oder den hierfür in der Einberufung der Versammlung bekanntgegebenen Stellen schriftlich und unter Einreichung eines Nummernverzeichnisses der von ihm angemeldeten Aktien anmeldet,

sondern auch

b) **bis zu demselben Termine** diesen Aktienbesitz bei der **Gesellschaft** oder an den sonst etwa bei der Einberufung der Versammlung für diesen Zweck **angegebenen Stellen** oder bei einem **deutschen Notar** bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegt, und zwar unter Einreichung eines doppelten Nummernverzeichnisses, dessen eines abgestempeltes Exemplar als Eintrittskarte in die Generalversammlung und als Legitimation zur Empfangnahme der Stimmkarte dient.

2. In der Generalversammlung gewährt jede Aktie eine Stimme.
3. Jeder Aktionär kann sich durch einen Bevollmächtigten auf Grund schriftlicher Vollmacht, die in Verwahrung der Gesellschaft bleibt, vertreten lassen. Ueber die Legitimation und Stimmberechtigung entscheidet in Zweifelsfällen die Generalversammlung.

Die Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung nebst Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats liegen vom 10. März 1916 ab in den Geschäftslokalen der Gesellsch zur Einsicht der Herren Akt näre auf.

Als weitere Hinterlegungsste nennen wir die **Rheinisch Creditbank** in **Mannhei** sowie die **Deutsche Bank Berlin.**

Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik Actien-Gesellschaf

Max Priwe. Dr. Roehol

Hallesche Pfännerschaft Aktiengesellschaft.

Wir laden hiedurch die Aktion unserer Gesellschaft zu der am Donnerstag, den 30 März 1916 mittag- 12 Uhr im Hotel zur „Stadt Hamburg Hal e/Saale stattfindenden **4. ordentlichen General-versammlung** ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates über das at laufene Geschäftsjahr 1915 wie Vorlage der Bilanz, der winn- und Verlustrechnung 31. Dezember 1915
2. Feststellung der Bilanz, der winn- und Verlustrechnung 1915 Verteilung des Reingewi
3. Entlastung des Vorstandes Aufsichtsrates.
4. Wahl von Revisoren.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Abänderung des Gesellsch vertrages:
   a) § 12 bezüglich der Vergüt des Aufsichtsrats.
   b) § 15 im ersten Satz wo die Worte: „nebst einem pelten Nummernverzeic derselben" gestrichen.

Die Aktionäre unserer Gesellsch welche an der Generalversamm teilnehmen wollen, haben Aktien ohne Dividenden- und Erneuerungsscheine oder den von Reichsbank erteilten Hinterlegu schein bis spätestens Montag, den 27 März ds. mittags 1 Uhr während der üblichen Gesch stunden zu hinterlegen bei Hauptverwaltung der Gesellsc in Halle Saale oder bei den B häusern:

H. F. Lehmann, Halle Saal
Doebrick Schickler & Berlin W. 66 Mauerstr. C
Gebrüder Schickler, Berlin W
Mauerstrasse 61.

Wegen der Hinterlegung bei e Notar bleibt es bei den gesetzl Bestimmungen.

Halle Saale, den 6. März 19

Der Aufsichtsrat.
Dr. Heinrich Lehmann

Hotel Ruhla
Berlin, Mittelstrasse
am Bahnhof Friedrich
Einheitspreis 2.50
für Zimmer mit kl. Frühstü

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 127. Berlin, Donnerstag, 9. März 1916. Abend-Ausgabe.

G. m. b. H. und Doppelbesteuerung.

Der Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes sieht, was bisher noch wenig beachtet worden ist, insofern Doppelbesteuerungen vor, als die Aktiengesellschaften und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung für ihre Mehrgewinne gegenüber den Friedensjahren eine Abgabe zu leisten haben, und die Aktionäre und Gesellschafter ihrerseits nochmals für den Mehrgewinn, den sie aus ihren Unternehmen ziehen, und ferner für den eventuell aus dem Mehrgewinn entstehenden Vermögenszuwachs steuerpflichtig werden.

Bei der Aktiengesellschaft wird man diese Doppellast mit in den Kauf nehmen müssen, weil sie — verhältnismässig wenig Gesellschaften ausgenommen — einen wirklich unpersönlichen Charakter trägt, und weil der Gewinn dementsprechend sich auf eine grosse Zahl von Aktionären zu verteilen pflegt. Ganz anders ist die Sachlage bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie ist ein Mittelding zwischen der offenen Handelsgesellschaft und der Aktiengesellschaft, und die Zahl ihrer Gesellschafter ist nach der vorherrschenden Praxis klein. Ja, die Fälle sind gar nicht selten, in denen die Gesellschaft mit beschränkter Haftung einen einzigen Gesellschafter hat, der gleichzeitig Geschäftsführer ist, so dass wirtschaftlich kein Unterschied zwischen einer so gearteten Gesellschaft m. b. H. und der Einzelfirma mehr besteht: Ganz wie der Einzelkaufmann widmet ein solcher Geschäftsführer und Gesellschafter seine ganze Kraft der G. m. b. H. und zieht aus ihr als einziger die sich ergebenden Gewinne. Hinsichtlich des Risikos steht er allerdings günstiger da als der Einzelkaufmann und der Teilhaber der offenen Handelsgesellschaft, die im Gegensatz zu dem nur in der Höhe des Stammkapitals haftenden Gesellschafter der G. m. b. H. mit ihrem gesamten Vermögen für die Verpflichtungen ihrer Firma in Anspruch genommen werden können. Eben wegen dieses wichtigen Vorzuges, den der Gesellschafter der G. m. b. H. geniesst, wird man eine etwas schärfere Heranziehung zur Kriegsgewinnsteuer bis zu einem gewissen Grade billigen können. Aber die Doppelbesteuerung ist denn doch zu hart. Diese Ansicht hat sich auch die Reichsregierung zu eigen gemacht, und sie will dem Gesellschafter der G. m. b. H. eine Vergünstigung gewähren. Wie sieht es jedoch mit dieser Vergünstigung aus? Der § 17 des Entwurfes bestimmt:

„Von dem nach § 15 sich ergebenden Gesamteinkommen ist auf Antrag abzusetzen das Einkommen, das nachweislich als Mehreinnahme aus Geschäftsanteilen einer inländischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung herrührt. . . . Die Absetzung ist ausgeschlossen, wenn bei Beginn des Veranlagungszeitraums das Stammkapital der Gesellschaft 1 Mill. M. und darüber betragen hat, und wenn mehr als sechs Gesellschafter während des Veranlagungszeitraums vorhanden sind."

Voraussetzung der „Absetzung" ist danach, dass einmal das Stammkapital weniger als eine Million Mark beträgt, und dass ausserdem während des ganzen Veranlagungszeitraums nicht mehr als sechs Gesellschafter vorhanden gewesen sind. Nun fragt es sich, wie stehen die Dinge, wenn auf ein Stammkapital von beispielsweise 1 200 000 M. nur 300 000 M. eingezahlt sind; ist dann die „Absetzung" zulässig oder nicht? Von dieser noch offenen Frage abgesehen, muss man beachten, dass die „Absetzung" keineswegs die Doppelbesteuerung beseitigt. Denn der Gesellschafter der G. m. b. H. hat, wie jede physische Person, zunächst den Vermögenszuwachs zu versteuern. Angenommen nun, dass der steuerpflichtige Mehrgewinn der G. m. b. H., die mit einem Kapital von weniger als 1 Mill. M. arbeitet, gleich dem Vermögenszuwachs ihres einzigen Gesellschafters ist, so würde der Gesellschafter genau dieselbe Summe, für die die G. m. b. H. Abgaben leistet, nochmals zu versteuern haben. In Abzug bringen darf er den Mehrgewinn der G. m. b. H. nur von seinem steuerpflichtigen Einkommen. Wäre das nicht der Fall, so müsste er eine dreifache Abgabe aufbringen; die erste die G. m. b. H. (deren alleiniger Eigentümer er ist), und die zweite sich verdoppelnde der Gesellschafter. Diese dreifache Abgabe muss beispielsweise der alleinige Gesellschafter einer mit 1¼ Mill. M. Kapital ausgestatteten Gesellschaft tragen. Das ist eine ausserordentliche Härte, die auch in den Fällen, in denen die „Absetzung" zulässig sein soll, nicht ausreichend gemildert erscheint. Lesen wir einmal das nach, was die „Begründung" zu der Doppelbesteuerung sagt:

„Bei der gleichzeitigen Besteuerung der Gesellschaften und der Einzelpersonen wird eine Doppelbesteuerung im wirtschaftlichen Sinne nicht vermieden. Vermieden wird sie nur insofern, als die Gewinne der Gesellschaften sich verflüchtigen und in der Hand des Gesellschafters zu keinem abgabepflichtigen Vermögenszuwachse führen. Gemildert wird die Doppelbesteuerung ferner dadurch, dass die Mehrgewinne der Gesellschaften nicht immer auch ein Mehreinkommen des Gesellschafters zur Folge haben, ferner auch dadurch, dass die Kriegsgewinnbesteuerung der Gesellschaften sich unter Umständen in einem niedrigeren Kurse der Aktien usw. ausdrückt. Immerhin wird die tatsächlich vorhandene Doppelbesteuerung im wirtschaftlichen Sinne bei der Festsetzung der Steuersätze für die Einzelpersonen sowohl wie für die Gesellschaften nicht unbeachtet bleiben dürfen. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung fällt die Doppelbesteuerung besonders schwer ins Gewicht, da die Stellung der an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung beteiligten Personen sich vielfach wirtschaftlich nicht wesentlich unterscheidet von der Stellung eines Einzelunternehmers oder von Mitunternehmern. Deshalb ist im § 17 des Entwurfs auf die besonderen Verhältnisse der Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der Weise eine weitergehende Rücksicht genommen, dass der Gesellschafter seine Mehreinnahme aus dem Geschäftsanteil von dem Kriegseinkommen (§ 15 des Entwurfs) absetzen kann, so dass er zwar seinen Vermögenszuwachs unter allen Umständen versteuern muss, aber nur mit den einfachen Sätzen des § 9 und nicht mit den doppelten Sätzen des § 10. Eine völlige Beseitigung jeder Doppelbesteuerung ist auch bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung nicht tunlich, da die Gesellschaftsbesteuerung auf einer ganz anderen Grundlage aufgebaut ist, als die Besteuerung der Einzelpersonen."

Was hier über die Verflüchtigung der Gewinne gesagt wird, ist keine Milderung, mit der man rechnen kann, und sie greift ganz gewiss dann nicht Platz, wenn der Gesellschafter einer Gesellschaft m. b. H. mit dieser eng verwachsen ist. Der Gesellschafter der G. m. b. H. hat auch keinen Vorteil von einem „niedrigeren Kurse der Aktien", und er kann sich erst recht nicht mit der Bemerkung trösten, dass die Gesellschaftsbesteuerung auf einer ganz anderen Grundlage aufgebaut ist als die Besteuerung der Einzelperson. Die Grundsteuersätze für die Gesellschaften sind nämlich höher als die für Einzelpersonen.

Der Reichstag wird die Aufgabe haben, nachzuprüfen, ob nicht die Bestimmungen über die Gesellschaften m. b. H. und ihrer Gesellschafter für die Fälle, in denen die G. m. b. H. im wirtschaftlichen Sinne nichts anderes als eine Einzelfirma oder offene Handelsgesellschaft ist, einer durchgreifenden Milderung bedürfen.

A. N.

*** Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Musterlagermessen.** Gestern wurde in Leipzig die erste Hauptversammlung der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Musterlagermessen durch den Vorsitzenden, Kommerzienrat Rosenthal-Selb, mit einer Begrüssung der sehr zahlreichen Besucher eröffnet. Der Geschäftsführer Dr. Jaffé berichtete, dass die Einigungsbestrebungen mit dem Verbande der Interessenten der Leipziger Grossmessen vorläufig gescheitert seien. Mit Befriedigung aber könne konstatiert werden, dass die Behörden den Wünschen der Zentralstelle grosses Entgegenkommen bewiesen, was auch von dem Rate der Stadt Leipzig und den Messhausbesitzern zu sagen sei. Die Arbeit der Zentralstelle sei sehr erheblich gewesen, besonders die für das neue Messamt, das hoffentlich nächsten Herbst in Tätigkeit trete und eine Selbstverwaltung der Messe darstelle, während die Messzentrale als Ueberwachungsstelle bestehen bleibe. Ueber das neu zu gründende Messamt führte Kommerzienrat Rosenthal aus, dass die Leipziger Messe nicht mehr eine lokale Angelegenheit, sondern Reichssache sei. Der Rat von Leipzig habe die Anregung eines Messamtes freudig begrüsst, Verhandlungen des Rates mit der Zentralstelle und der Leipziger Handelskammer hätten Vorschläge gezeitigt, die vorläufig allseitig Genehmigung gefunden. Es seien demnach folgende Stellen im Messamte vertreten: das Reichsamt des Innern, der sächsische Staat, der Rat zu Leipzig, die Leipziger Handelskammer und die Zentralmessstelle Berlin. Die Kosten des Messamtes würden bestritten aus den Beiträgen des Reiches und des sächsischen Staates, über die noch Verhandlungen schwebten. Der Aufsichtsrat bestehe nur aus je einem Vertreter des Reichsamts und des sächsischen Staates, je drei Mitgliedern des Rates und der Handelskammer zu Leipzig und fünf Mitgliedern der Zentralstelle. Es wurden darauf einstimmig folgende Anträge zum Beschluss erhoben: 1. die Generalversammlung der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Mustermessen ist bereit, gemeinsam mit dem Rat und Handelskammer der Stadt Leipzig einen neuen Verein „Messamt für die Mustermessen in Leipig" zu gründen. 2. Als Mitglieder und deren Vertreter im Aufsichtsrat dieses Messamtes bestellt sie ihre Vorstandsmitglieder. Die hierdurch nicht besetzten Stellen im Aufsichtsrat des Messamtes besetzt sie durch Mitglieder der Zentralstelle. Kommerzienrat Rosenthal drückte seine Freude über das Ergebnis aus und besprach dann die neuen Auslandsmessen, vor deren Unterschätzung er warnte. Auch die Messen in London und Lyon könnten sich mit der Zeit entwickeln. Es müsse darum alles getan werden, Leipzig den ersten Platz in der Welt zu sichern, auf dem die Einkäufer alles nach ihren Wünschen vorfänden und sich wohlfühlten. Vor allem müsse eine grosszügige Propaganda in allen Erdteilen gemacht werden durch Herren, die eingehend damit vertraut seien. Reichsmittel würden eine solche Propaganda ermöglichen. Die Reichsregierung sei von der Wichtigkeit der Leipziger Messe völlig überzeugt und habe volles Verständnis für alle geäusserten Wünsche. Sie sei bereit, alles für den deutschen Handel zu tun, was irgend getan werden könne.

*** Die Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt** in Greiz weist für 1915 aus Hypothekenzinsen eine Einnahme von 2 270 235 M. (1914: 2 291 963) und aus Renten 1 247 155 M. (1 246 665) aus. Als Rückstände auf Zinsen sind in der Bilanz 67 376 M. (46 105) und als Rückstände auf Rentenleistungen 166 798 M. (74 843) aufgeführt. Die wirklichen Rückstände sind aber noch grösser gewesen, da, wie die Bank im Geschäftsbericht mitteilt, die als verloren anzuschenden Teile der Rückstände zur Abschreibung gebracht worden sind. — Die Ausgaben für Pfandbriefzinsen betrugen 1 913 021 M. (1 920 075), Zinsen auf Grundrentenbriefe erforderten 1 159 498 M. (1 146 394). Als Provision auf Hypothekendarlehen sind 25 806 M. (23 868) vereinnahmt worden. Der Bericht bemerkt dazu, dass die Provisionen fast ausschliesslich aus Darlehnsverlängerungen stammen. Die Effektenzinseinnahmen stiegen im Zusammenhang mit dem erhöhten Bestande an Wertpapieren von 98 275 M. auf 170 465 M. Die Gewinn- und Verlustrechnung schliesst mit einem Ueberschuss von 556 095 M. (461 709) ab, darin ist ein Vortrag von 94 067 M. (91 463) enthalten. Zu der Steigerung des Jahresergebnisses hat ausser der Erhöhung der Zinseinnahmen aus Effekten u. a. der Umstand beigetragen, dass in 1914 als Kosten für Ausgabe von Grundrentenbriefen 48 886 M. über Verlustrechnung verbucht wurden. Der Gewinnverteilungsplan sieht, wie schon bekannt, eine Wiedererhöhung der Dividende von 3½ auf 4½ pCt. vor. Danach erfordert die Dividendezahlung 337 500 M. (262 500). Zur ausserordentlichen Reserve werden wieder 50 000 M. zurückgestellt (sie beträgt danach 100 000 M.), die Gewinnanteile für die Verwaltung steigen von 20 639 M. auf 31 615 M., zum Vortrag gelangen 96 003 Mark. Die Registerdarlehen haben sich bei dem Institut von 51 544 568 M. auf 51 070 683 M., die Rentendarlehen von 28 209 909 Mark auf 28 121 816 M. ermässigt. Der Nettoumlauf der Hypothekenpfandbriefe hat sich von 48 261 000 M. auf 47 972 200 M., der der Grundrentenbriefe von 28 205 500 M. auf 28 056 300 M. ermässigt. Der mit dem Rückerwerb der Emissionspapiere verbundene Kursgewinn von 17 213 M. ist dem Disagiokonto zugeführt worden, das dadurch auf 53 653 M. steigt. Aus dem Geschäftsbericht ist noch zu entnehmen, dass das Institut im Berichtsjahre an 3 (12) Zwangsversteigerungen und 17 (11) Zwangsverwaltungen beteiligt war. Von den Zinsrückständen waren bei Abschluss des Geschäftsberichts rund 11 000 M. eingegangen. Aus der Bilanz sind noch zu nennen Bankguthaben 606 295 M. (1 451 744), eigene Wertpapiere 2 855 949 M. (2 019 716), verzinsliche Barentlagen 65 802 M. (113 157), Gläubiger in laufender Rechnung 57 737 M. (65 970).

*** Das Bankgeschäft Herrschel & Stern** in Mannheim tritt in Liquidation.

*** Central-Verkaufscomptoir von Hintermauerungssteinen** in Liqu. zu Berlin. Die heutige Generalversammlung genehmigte die mit einem Ueberschuss von 22 452 M. abschliessende Jahresrechnung. Der Verlustvortrag ermässigt sich damit bei einem Aktienkapital von 1 400 000 M. auf 576 357 M. Ein Aktionär verwies auf die im Geschäftsbericht gemachte Mitteilung, wonach die Gesellschaft für mehr als 100 000 M. ältere Forderungen Sicherheiten besitze; der Redner wünschte Aufschluss über die Art dieser Sicherheiten. Der Liquidator erwiderte, es handle sich bei diesen Sicherheiten zum grössten Teil um Hypotheken, dann aber auch um Bürgschaften, die dem Unternehmen gegeben worden seien. Auf eine weitere Anfrage wurde seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass in den vergangenen Monaten des laufenden Jahres Veränderungen bei der Gesellschaft nicht eingetreten wären. Die Aussichten seien bei dem Unternehmen von der Entwicklung der Verhältnisse auf dem Grundstücks- und Hypothekenmarkt abhängig. Die Gesellschaft werde während der Dauer des Krieges kaum in der Lage sein, ihre Vermögensbestände, die im wesentlichen aus Hypotheken und Häusern bestehen, zu liquidieren, da die Nachfrage nach solchen Objekten jetzt naturgemäss sehr gering sei. Der Hausbesitz der Gesellschaft sei im allgemeinen gut vermietet.

*** Akt.-Ges. für Strumpfwarenfabrikation vormals Max Segall** in Berlin. Der Aufsichtsrat beschloss, für das Jahr 1915 eine Dividende von 14 pCt. gegen 10 pCt. im Vorjahre auszuschütten.

*** Holz- und Bau-Industrie** Ernst Hildebrandt Akt.-Ges., Maidenten und Königsberg i. Pr. Der Aufsichtsrat bringt für das Geschäftsjahr 1915 die Ausschüttung einer Dividende von 8 pCt. wie im Vorjahre in Vorschlag. Nach Abschreibungen von 101 353 M. (1914: 78 545) auf Anlagen, 27 473 M. (40 689) auf Forderungen werden zur gesetzlichen Rücklage 40 000 M. (20 000), der Talonsteuer 1500 M. (wie i. V.), der Kriegsgewinnsteuerrückstellung 80 000 Mark (i. V. 45 000) überwiesen und 17 133 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

*** Die Ungarische allgemeine Kreditbank** in Budapest erzielte für 1915 nach Abzug einer ausserordentlichen Spende für Kriegszwecke in Höhe von 1 Mill. Kr. einen Ueberschuss von 14 889 234 Kr. gegen 12 903 529 Kr. i. V. Die Dividende wird mit 25 Kr. (26) vorgeschlagen. Dem Reservefonds sollen 1 Mill. Kr., dem Wertverminderungsfonds des Bankgebäudes 1 Mill. Kr. überwiesen und 3 053 175 Kr. (2 528 186) auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Neue Anleihe der Stadt Wien. Ein Konsortium Wiener Grossbanken, dem sich die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien angeschlossen hat, übernimmt von der Gemeinde Wien 5½proz. Kassenscheine im Nennbetrage von insgesamt 100 Mill. Kr., die am 15. März 1921 mit dem Nennbetrage einzulösen sind. Die Banken übernehmen die Kassenscheine zum Kurse von 94½. Sollte jedoch der Ausgabekurs mit mehr als 96½ pCt. angesetzt werden, so erhöht sich der Uebernahmekurs um die Hälfte des Mehransatzes. Diese in mehreren Raten bis Anfang 1917 von der Gemeinde Wien abzuhebenden 100 Mill. Kr. sind zur Durchführung unaufschiebbarer Investitionen bestimmt. Hinsichtlich der am 15. Mai 1916 einzulösenden, im November 1913 begebenen Markschatzscheine sind Verhandlungen eingeleitet, die wahrscheinlich zu einer neuen Markanleihe führen dürften.

*** Die Banque Suisse et Française** in Paris zahlt für 1915 auf 40 Mill. Fr. Kapital 5 pCt. Dividende wie im Vorjahr.

*** Hongkong u. Shanghai Banking Corporation.** Da, wie aus diesseiten Zeitungen ersichtlich ist, die Aktien der Bank für das zweite Halbjahr 1915 jetzt „Ex Dividende" notiert werden, weist die staatlich bestellte Aufsicht bei der Hamburger Niederlassung der Bank darauf hin, dass sie wieder veranlasst hat, dass die Hamburger Niederlassung allen gehörig legitimierten deutschen Aktionären der Bank einen Vorschuss erteilt in ungefährer Höhe der ihnen zukommenden Dividende von 2 Pfd. Sterl. 3/— und einer Superdividende von 5/— per Aktie. Auf einen solchen Vorschuss soll kein höherer Zinssatz berechnet werden, als später den deutschen Aktionären für die zurückbehaltene Dividende vergütet werden wird.

Japanische Schuldentilgung. Die japanische Regierung hat durch die Londoner Filiale der „Yokohama Specie Bank" wiederum eine halbe Million Pfund Sterling der in England untergebrachten 4½proz. japanischen Anleihe aufgekauft. Das ist der dritte Kauf, der in den letzten zehn Wochen vorgenommen worden ist; die Gesamtsumme der auf diese Weise durchgeführten Schuldentilgung beläuft sich nunmehr auf mindestens 1½ Mill. Pfd. Sterl.

Betriebs-Ausweise.

Königsberg-Cranzer Eisenbahnges. Betriebseinnahmen im Februar 1916 26 950 M. (vorl.) gegen 20 760 M. vorl. und 20 529 M. endgültig im Februar 1915. Seit Beginn des Rechnungsjahres 511 070 M. (531 889 vorl. und 557 458 endgültig).

* An der Börse

war die Tendenz auch heute allgemein sehr fest, wozu die neuen militärischen Erfolge um Verdun beitrugen. Von westlichen Eisenaktien wurden heute besonders die Aktien von Gusstahlunternehmungen bevorzugt, so die Aktien der Annener Gusstahlwerke, der Gelsenkirchener Gusstahlwerke und der Wittener Gusstahlwerke. Auch die Aktien der grossen gemischten Konzerne waren zum Teil gebessert, zum Teil behauptet. Von Kohlenaktien konnten die Aktien der Consolidation Ges. ziemlich erheblich anziehen. Oberschlesische Montanwerte waren auf der ganzen Linie gesteigert, namentlich die Aktien der Oberschlesischen Kokswerke, der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsges., der Oberschlesischen Eisenindustrie Ges., der Donnersmarckhütte und der Hohenlohewerke. Von Rüstungswerten waren die Aktien der Gebr. Böhler-Gesellschaft, der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke, der Köln-Rottweiler Pulverfabriken und der Dynamit Nobel-Gesellschaft bevorzugt und zum Teil beträchtlich gebessert. Die Aktien des Felten Guilleaume-Karlswerks zogen im Zusammenhange mit günstigen Dividendenerwartungen an. Für die Aktien der Deutschen Erdölwerke trat lebhaftes Interesse hervor. Auch die Aktien der Siemens u. Halske waren gesucht. Von Automobilwerten konnten die Aktien der Daimler-Werke, der Horch- und der Benz-Gesellschaft ihren Kursstand, zum Teil beträchtlich, verbessern.

Am Rentenmarkte waren heimische Anleihen heute wenig verändert. Oesterreichische und namentlich ungarische Renten konnten etwas anziehen, auch russische waren zum Teil gebessert.

*

Am Geldmarkt war tägliches Geld weiter flüssig und zu 4 pCt. angeboten. Der Privatdiskont war unverändert 4¾ pCt. Die offiziellen Notierungen der Wechselkurse stellten sich folgendermassen (in M.):

Telegraphische Auszahlungen		9. 3. Geld	9. 3. Brief	8. 3. Geld	8. 3. Brief
New York	Dollar	5,46	5,48	5,44	5,46
Amsterdam	Gulden	238 3/4	239 1/4	238 1/4	238 3/4
Rotterdam					
Kopenhagen	Kronen	158 3/4	159 1/4	158	158 1/2
Stockholm	Kronen	158 3/4	159 1/4	158	158 1/2
Christiania	Kronen	158 3/4	159 1/4	158	158 1/2
Basel	Franken	107 3/8	107 5/8	106 7/8	107 1/8
Zürich					
Wien	Kronen	69,57 1/2	69,67 1/2	69,57 1/2	69,67 1/2
Budapest					
Bukarest	Lei	84 3/4	85 1/4	84 3/4	85 1/4
Sofia	Leva	77 3/4	78 3/4	77 3/4	78 3/4

Rubelnoten waren heute etwas schwächer.

*

Im heutigen Warenverkehr wurden folgende Preise bekannt: Maismehl, rumänisches, loko Dresden 115—120 M., loko Berlin 115—120 M. für 100 kgr. je nach Qualität.

Amtlicher Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde. Schweine- und Ferkelmarkt am Mittwoch, 8. März Auftrieb: Schweine 304 Stück, Ferkel 1924 Stück. Verlauf des Marktes: Geschäft etwas flauer.

KONKURSE UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

*** Berliner Konkurse.** Im Konkurs des in Charlottenburg, Bismarckstr. 89, verstorb. Bankbeamten Paul Meissner stellt der Verwalter Hinrichsen auf 100 000 M. Forderungen 65—70 pCt. Dividende in Aussicht. Sollte eine zur Anmeldung gelangte Bürgschaftsforderung von ¼ Mill. M. anerkannt werden müssen, würde sich die Dividende auf 18—20 pCt. reduzieren. — Der Vergleich im Konkurs des Kfms. Gustav Wittstock in Berlin, Jerusalemer Str. 28, Wohnung Martin-Luther-Str. 9 in Schöneberg, wurde auf Grundlage von 16⅔ pCt. angenommen und bestätigt. — Im Konkurs des in Berlin, Quitzowstr. 110 verstorb. Kfms. Theod. Kortmann betragen die Passiven etwa 20 000 M. Die Dividende ist abhängig von der Verwertung eines Hypotheken- und eines Grundstücksanteils. — Dividende stellt der Verwalter in Aussicht (im Wahltermin) im Konkurs des in Berlin, Linkstr. 31 verstorb. Kfms. Max Sprotte (Verw. Guilletmot) auf 25 699 M. Passiven zurzeit 0 pCt. — Im Konkurs der Handelsgesellschaft für Armee, Marine und Grossbetriebe m. b. H. in Berlin, Dessauer Str. 39/40, ist infolge noch schwebender Verhandlungen mit den Gläubigern ein neuer Vergleichstermin auf den 30. März, 11 Uhr beim Amtsgericht Berlin-Mitte anberaumt.

Wasserstand am 9. März. Am Pegel zu Ratibor 2,26 m, Neissemündung 2,30 m, Brieg 3,39 m, Breslau + 0,10 m, Dresden + 0,56 m, Magdeburg 3,03 m.

* Der Verein für die Interessen der Fondsbörse

schreibt in seinem jetzt erschienenen Jahresbericht für 1915 über die Regelung des Devisenmarktes das Folgende:

„Von einschneidender Bedeutung für die bankgeschäftliche Betätigung auch am hiesigen Platze ist die Bekanntmachung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs in ausländischen Zahlungsmitteln gewesen. Unser Verein hat nicht unterlassen, dem Reichsbankdirektorium gegenüber die Bedenken zur Geltung zu bringen, die in unserem Kreise trotz grundsätzlicher Anerkennung der Notwendigkeit einschneidender Massnahmen zur Hebung des Kurses der deutschen Währung im Auslande und zur Sicherung der Beschaffung der für die notwendige Einfuhr fremder Waren nach Deutschland erforderlichen Zahlungsmittel, gegen die Grundlage dieser Regelung insofern bestanden, als die Verordnung einer Anzahl Banken und Bankhäusern hinsichtlich des Handels in Devisen und anderen ausländischen Zahlungsmitteln eine bevorzugte Stellung gegenüber der überwiegenden Mehrzahl ihrer Berufsgenossen einräumt. Wenngleich die Reichsbank an dieser grundsätzlichen Regelung trotz der von uns erhobenen Vorstellungen festgehalten hat, so müssen wir doch anerkennen, dass sie bei der Ausgestaltung im einzelnen nach Möglichkeit bemüht gewesen ist, geschäftliche Schädigungen von den nicht privilegierten Firmen abzuwenden; nicht minder dürfen wir darauf vertrauen, dass, soweit im weiteren Verlaufe der Entwicklung berechtigte Wünsche und Beschwerden der von uns vertretenen Kreise sich ergeben sollten, diese seitens der Reichsbankleitung eine wohlwollende und verständnisvolle Berücksichtigung finden werden. — Neben der Sorge für die Gegenwart hat sich der Verein für verpflichtet erachtet, schon jetzt den Aufgaben näherzutreten, die mit der Sicherung der Zukunft des von ihm vertretenen Berufsstandes nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges in Zusammenhang stehen. Er schreibt darüber: „Als eine der wichtigsten dieser Aufgaben betrachten wir eine Regelung der Provisionssätze im Effektenverkehr, die den Bankfirmen des hiesigen Platzes ein angemessenes Entgelt für ihre Mühewaltung sichert; wir hoffen, auf diese Weise nicht nur die wirtschaftlichen Existenzbedingungen unserer Berufsgenossen zu verbessern, sondern auch dem Ansehen unseres Standes zu dienen, dessen Sicherung und Stärkung auch im Interesse der Allgemeinheit liegt. In eingehenden Verhandlungen ist unter Benutzung der vor Ausbruch des Krieges in dieser Angelegenheit geleisteten Vorarbeiten von dem Ausschuss unseres Vereins unter Berücksichtigung der in der Zwischenzeit gewonnenen Erfahrungen ein neuer Entwurf ausgearbeitet worden, über dessen Inhalt wir mit der Vertretung der hiesigen grossen Banken und Bankhäuser und auch mit derjenigen des Maklerstandes zu einer Verständigung zu gelangen hoffen. Wir erwarten zuversichtlich, dass diese Verhandlungen in der Folge eine solche Förderung erfahren werden, dass ein Inkrafttreten der zu treffenden Bestimmungen bei Wiedereröffnung des ordnungsmässigen Börsenverkehrs in Aussicht genommen werden kann."

*** Die Braunschweigischen Kohlenbergwerke** in Helmstedt weisen für das Jahr 1915 eine Kohlenförderung von 22,8 gegen 23,7 Mill. Hektoliter auf. Der Rückgang der Kohlenförderung hat seinen Grund in der Einziehung eines grossen Teils der geschulten Bergwerksarbeiter zum Heeresdienst. Trotz der geringeren Kohlenförderung erhöhte sich die Brikettproduktion von 9,6 auf 10,3 Mill. Zentner. Diese verstärkte Brikettproduktion ist darauf zurückzuführen, dass die Gesellschaft den Verkauf an Rohkohlen von 8 auf 6,5 Mill. Hektoliter verringerte. Der Brikettabsatz konnte demgegenüber von 9,6 auf 10 Mill. Zentner erhöht werden. Eine stärkere Verarbeitung der Rohkohlen zu Briketts erwies sich auch aus dem Grund als zweckmässig, weil der Helmstedter Brikettverein, der den Verkauf der Briketts der Gesellschaft besorgt, vom 1. April 1915 ab die Preise entsprechend den gesteigerten Selbstkosten erhöhen konnte, während das Magdeburger Braunkohlensyndikat, in dessen Hand der Vertrieb der Rohkohlen liegt, wie die Verwaltung bemerkt, nur eine ganz unwesentliche und in keinem Verhältnis zu den jetzigen Selbstkosten stehende Erhöhung durchzudrücken vermochte, da hier aus Friedenszeiten herrührende längere Abschlüsse im Wege standen. Die Bruttobetriebsüberschüsse des Unternehmens stellen sich auf 2 120 690 gegen 2 103 234 M. Die Handlungsunkosten betragen 213 374 M. (169 923), Obligationszinsen 153 270 M. (160 560). Zu Abschreibungen wurden 645 155 M. (627 316) verwendet. Dem Verfügungsbestand werden wieder 150 000 M. überwiesen und die sozialen Fonds ungefähr in der üblichen Weise dotiert. Nach Stellung einer Kriegsreserve von 60 000 M. verbleibt einschliesslich eines Vortrages von 115 261 M. (54 125) ein Überschuss von 971 950 M. (989 372), aus dem wieder eine Dividende von 12 pCt = 750 000 M. zur Ausschüttung vorgeschlagen wird. Laut dem Auszug aus dem Geschäftsbericht, den uns die Verwaltung übermittelt, ist die Eintragung der Kapitalserhöhung, die gelegentlich der Fusion mit den Harbker Kohlenwerken beschlossen worden war, in das Handelsregister am 31. Dezember 1915 erfolgt. Die Transaktion berührt die Bilanz für das Jahr 1915 nur insofern, als die 25 proz. Einzahlung auf den Betrag von 4 710 000 M. neue Aktien auf dem Kontokorrentkonto erscheint. Die Betriebsergebnisse der Harbker Kohlenwerke und deren Tochtergesellschaften haben sich seit Beginn des Geschäftsjahres vom 1. April 1915 ab günstig gestaltet. Bei der Ueberlandzentrale Helmstedt, deren Aktien sich im Besitz der Braunschweigischen Kohlenbergwerke befinden, war das Ergebnis des Geschäftsjahres 1914/15 durch 8 Kriegsmonate ungünstig beeinflusst. Immerhin verblieb nach Abschreibungen und Rückstellungen von 111 104 M. ein Ueberschuss von 85 347 M., der mit Rücksicht auf die ungewissen Aussichten auf neue Rechnung vorgetragen wurde. (In 1913/14 waren 7 pCt. Dividende gezahlt worden.)

*** „Königsborn" Akt.-Ges. für Bergbau, Salinen und Soolbadbetrieb.** Die Gesellschaft schlägt für das Geschäftsjahr 1915 die Ausschüttung einer Dividende von wieder 10 pCt. vor.

*** Die Akt.-Ges. für Gas und Elektrizität** in Köln bleibt für das Jahr 1915 wieder dividendenlos.

*** Brandenburgisches Pfandbriefamt für Hausgrundstücke.** Im Februar 1916 wurde aus der Provinz ein Antrag in Höhe von 50 000 M. an das Amt gestellt. Zur Bewilligung gelangten zwei Anträge in Höhe von 50 000 M., von denen ein Antrag mit 10 000 M. auf Gross-Berlin und ein Antrag mit 40 000 M. auf die Städte und Landgemeinden der Provinz entfallen. In Kraft befanden sich Ende Februar 1085 bewilligte Anträge in Höhe von 32 856 000 M.

*** Die Freiberger Bankverein Akt.-Ges.** weist für 1915 einen Ueberschuss von 133 148 M. (1914: 153 350 M.) aus, dessen Verteilung folgendermassen vorgeschlagen ist: 47 000 M. Rückstellung auf Kontokorrentkonto (228 000 M. sowie 87 500 M. für Reservefonds II) und 3950 M. (—) für Talonsteuer, 2975 M. (12 250) Tantiemen und Gratifikationen, 4 pCt. (0) Dividende gleich 70 000 M. und 4573 M. (000) Vortrag auf neue Rechnung.

*** Die Vereinsbank in Zwickau** schlägt für das Geschäftsjahr 1915 wieder 9 pCt Dividende vor.

× Deutsche Kunstlederfabrik Akt.-Ges. in Koetitz. Nach Abschreibung von 163 443 M. (1914 165 154) beträgt der Ueberschuss für 1915 481 848 M. (485 595), der Delkrederefonds erhält 25 000 M. (32 639), der Reservefonds II wie im Vorjahr 40 000 M. Es werden wieder 10 pCt. Dividende gezahlt.

*** Die Germania-Linoleumwerke** in Bietigheim schütten für das Jahr 1915 wieder eine Dividende von 4 pCt. aus. Der Vortrag auf neue Rechnung wird von 371 924 auf 409 723 Mark erhöht.

*** Sächsische Kammgarnspinnerei Akt.-Ges.** in Harthau. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1915 einen Bruttogewinn von 542 732 M. (1914 233 318). Die Handlungsunkosten erforderten 184 680 M. (188 156). Die Abschreibungen werden von 106 562 M. auf 200 833 M. erhöht. Der verfügbare Überschuss stellte sich auf 341 899 M. (132 816). Hiervon sollen, wie schon gemeldet, unter anderem 7 pCt. Dividende gegen 4 pCt. im Vorjahr ausgeschüttet werden. Zum Vortrag auf neue Rechnung gelangen 91 728 M. (7304). Im Geschäftsbericht teilt die Verwaltung folgendes mit: Durch die Knappheit der Rohmaterialien war eine wesentliche Einschränkung des Betriebes erforderlich, die dadurch entstandenen Ausfälle konnten jedoch infolge Preissteigerung der Erzeugnisse mehr als ausgeglichen werden. Die Mittel von 350 000 M., die durch Verminderung der Aussenstände und des Warenlagers frei geworden sind, wurden in Kriegsanleihen angelegt. In der Bilanz werden Debitoren einschliesslich Bankguthaben mit 1 151 242 M. (1 164 229) ausgewiesen. Auf der Passivseite erscheinen Akzepte gegen eingekauftes Rohmaterial mit 143 221 M. (1 168 725). Kreditoren haben sich von 453 142 M. auf 175 359 M. ermässigt.

Spinnerei und Buntweberei Pfersee in Augsburg-Pfersee. Den Abschluss der Gesellschaft, die pro 1915 eine Dividende von 10 pCt. (8) zahlt, haben wir bereits mitgeteilt. Die Gewinn- und Verlustrechnung bietet im Vergleich mit den Vorjahren folgendes Bild: Bruttoerträgnis 2 335 570 M. (2 252 076), Unkosten 1 526 386 M. (1 752 143), Abschreibungen 310 000 M. (201 979), Rücklage für Kriegsgewinnsteuer 106 000 Mark (0), Reingewinn 393 184 M. (297 953). Die Verteilung wird wie folgt vorgeschlagen: Dividende 300 000 M. (240 000), Talonsteuerrücklage 12 836 M. (0), Tantiemen 40 000 M. (32 000), Vortrag mit neue Rechnung 89 507 M. (49 159). In der Bilanz erscheinen u. a.: Kasse, Wechsel, Bankguthaben 587 197 M. (250 492), Debitoren 276 377 M. (1 102 652), Vorräte 694 286 M. (961 429), Kreditoren 173 978 M. (1 288 126). Trotz aller Schwierigkeiten des Kriegszustandes hat die Gesellschaft, wie sie im Geschäftsbericht schreibt, soweit es nach den Herstellungsverboten zulässig war, teils mit nicht unerheblichen Opfern, ihre Lieferungsverträge erfüllt, obwohl sie nicht immer dazu verpflichtet gewesen wäre.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 6. u. 7. März.

Abt. A. Johannes Tulenda, Dresdener Str. 80. Inh. ist Schlossermstr. Johannes Tulenda hier. Einzelprokurist Ulrich Tulenda. — D & B. Loewenberg. Einzelprokurist Martin Proskauer. — Sally Rosenberg & Robert Rösehke. Sally Rosenberg †; Wwe. Johanna Rosenberg geb. Carsch in Charlottenburg ist eingetreten. — Wilhelm Sonnenfeld. Die Zweigniederlassung in Grünberg i. Schlesien ist aufgehoben. — Walter, Hirschfeld & Co. Der Kommanditist ist ausgeschieden. — Jetzt offene Handelsgesellschaft. — B. Lazabe & Co. Die Ges. ist aufgelöst, die Firma gelöscht. — Paul Runge. Die Ges. ist aufgelöst, die Firma gelöscht. — Gelöscht sind die Firmen: Ernst Modler. — Paul Neumann jr. — Willy Lang.

Abt. B. Charlottenburger Lebensmittel-Halle Aktiengesellschaft, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 55/56. Grundkapital 6000 M. Vorstand Kaufmann Hermann Hirsch in Berlin-Wilmersdorf (Halensee). — Export u. Import G. m. b. H. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kaufmann August Franzke, hier. — Preussische Boden-Credit-Act.-Bank. Bankdir. Julius Geisler ist noch auf ein weiteres Jahr seit 2. 3. 16 als Stellvertreter des behinderten Vorstandsmitgliedes Walter Klamroth aus dem Aufsichtsrat in den Vorstand abgeordnet.

Fonds-Telegramme.

*** Von der heutigen Zürcher Börse** liegen uns folgende Devisenkurse vor: London 24,98¾ (gestern 24,98¾), Berlin 92,87½ (93,37½). Paris 88,85 (89,02½), Rom 78,32½ (78,35).

London, 7. März. (W. T. B.)

	7. 3.	3. 3.		7. 3.	3. 3.
2½% Engl. Konsols	57¼	57⅝	Pennsylvania	59⅝	—
5% Argentin. von 1886	95¼	96½	Southern Pacific	101⅛	101⅛
4% Brasilian. von 1889	—	—	Union Pacific	138⅝	137¼
4% Japaner von 1899	72½	72¼	Unit. States Steel Corp.	86¼	84
3% Portugiesen	—	55¾	Anaconda Copper	18¼	18⅛
5% Russen von 1906	84	84¼	Rio Tinto	61¼	61
4½% Russen von 1909	73⅞	—	Chartered	10/4	10/5
Baltimore and Ohio	91⅞	90⅞	De Beers det.	10	10
Canadian Pacific	176⅞	175	Goldfields	1⅝	1⅝
Erie	38⅞	37	Randmines	3¾	3¾
Nat. Railways of Mex.	—	—			

Paris, 8. März. (W. T. B.)

	8. 3.	7. 3.		8. 3.	7. 3.
3proz. Franz. Rente	62 50	62,50	Le Naphte		3[illegible]
4proz Span. äuss. Anl.	90,85	90,00	Tonla	1061	10[illegible]
5proz. Russen v. 1906	85,00	85,50	Rio Tinto	1706	17[illegible]
3proz. Russen v. 1896	—	53,95	Cape Copper	84,00	90
4proz. Türken	—	—	Chino Copper	338	33[illegible]
Banque de Paris	850	850	Utsh Copper	50 00	49[illegible]
Crédit Lyonnais	980	985	Tharsis	162,50	16[illegible]
Union Parisienne	585	—	De Beers	298	—
Suez-Kanal	3800	3752	Lena Goldfields	41	—
Thomson Houston	540	—	Jagersfontein	79	—
Baku	1220	—	Randmines	110	10[illegible]
Briansk	315	315	Malacca	—	—
Lianosoff	—	—	Goerz	—	—
Maltzeff-Fabriken	480	479	Platine	—	—
5% Französische Anleihe	88 35	88,35).			

Wechselkurs in Chile. Telegramm der Deutschen Ueberseeische Bank. Berlin (Banco Aleman Transatlantico). Engetrofteu aus Valparaiso am 9. März. Wechselkurs per 90 T/S auf London 8¼ d.

Amerikanische Kabel-Telegramm

*** New-York,** 8. März. (Spezial-Kabeltelegramm.) Bei w[illegible] **wiegend professionellem Geschäft** zeigte die **Börse** bei [illegible] ginn **keine einheitliche** Haltung. Im weiteren Verlaufe war [illegible] Geschäft **recht ruhig,** da man die weitere Entwicklung der schwe[illegible] den politischen Fragen abzuwarten schien. Dann gab sich auf a[illegible] Umsatzgebieten eine **schwächere Haltung** zu erkennen, der r[illegible] läufigen Kursbewegung wurde aber Einhalt geboten durch die **Fest[illegible] keit der Readings,** die infolge **günstiger Verkehrsverhä[illegible] nisse** erheblich im Kurse anzuziehen vermochten. Bei lustlosem [illegible] kehr griff während der späteren Umsätze wieder eine **Abschwächu[illegible]** Platz, die in Zusammenhang stand mit Meldungen, dass die **Gran[illegible] jury in Youngstown** im **Staate Ohio** die **Youngsto[illegible] Sheet and Tube Co.,** die **Republic Iron and Steel [illegible]** die **Carnegie Steel Co.** und andere Gesellschaften wegen [illegible] **letzung der Kartellgesetze** des Staates **Ohio** in **Ankla[illegible] zustand** versetzt habe. Die Aktien der **American Sugar [illegible]** **fining Co.** büssten zeitweise bis zu **3 Doll.** ein auf den Jahresberi[illegible] der nach Absetzung der Lasten und Abschreibungen ein **Defizit [illegible] 1 387 000 Doll.** aufweist gegen ein Defizit von 1 905 000 Doll. [illegible] Vorjahre. Am **Nachmittag** wurde die Stimmung der Börse nach [illegible] kanntgabe des **amtlichen Berichtes** über die noch in den Hä[illegible] der Farmer befindlichen **Getreidevorräte fester,** wobei besch[illegible] für **Metallwerte** im Zusammenhang mit verschiedenen Dividend[illegible] gerüchten grösseres Interesse hervortrat. Gegen **Schluss** der B[illegible] war die Haltung stetig. — An Aktien wurden 540 000 Stück umges[illegible]

*** New-York,** 7. März. (Spezial-Kabeltelegramm.) Neueren N[illegible] richten zufolge beträgt die **neue argentinische Anleihe** [illegible] **15 Mill. Doll.,** nicht 50 Mill. Doll., wie gestern gemeldet. Seit [illegible] Jahre 1914 hat Argentinien in den Vereinigten Staaten Anleihen [illegible] Betrage von 73 Mill. Doll. aufgenommen. — Die **American Car [illegible] Foundry Co.** erklärte auf ihre Stammaktien eine unveränderte Vie[illegible] jahrsdividende von ½ Doll. und auf ihre Vorzugsaktien eine solch[illegible] Höhe von 1¾ Doll. — Die **Mexican Petroleum Co.** schüttet [illegible] dem Jahre 1913 zum erstenmal wieder eine Vierteljahrsdividende [illegible] die auf 2 pCt. festgesetzt worden ist.

New-York, 8. März. (Privat-Kabeltelegramm.)

	8. 3. bebpt	7. 3. bebpt.		8. 3.	7. 3.
Tendenz f. Geld			Missouri Pacific	4½	[illegible]
Geld a. 24 Stunden			New-York Central u. Hudson River	104¼	[illegible]
Durchschnittsr.	2	2	New-York Ontario u. Western	28	[illegible]
Geld a. 24 Stunden letztes Bankfeiertag	2¼	2¼	Norfolk u. Western	115¼	[illegible]
Wechs. a. Berl. (Sicht)	72½	73¼	Northern Pacific	112½	[illegible]
do. Paris (Sicht)	5,9075	5,90	Pennsylvania	56⅝	[illegible]
do. Lond. (60 Tg.)	4,71	4,7125	Reading	84⅞	[illegible]
Cable Transfers	4,7675	4,7675	Chicago Rock Island	—	—
Silber Bullion	56¾	56⅞	Pac. Railway	16⅞	[illegible]
North. Pacific 3% Bds.	66¼	66¼	Southern Pacific	97	[illegible]
St. Louis, San Franc. Ref. 4% Bds.	70 B	68¼	do. Railway	20¼	[illegible]
St. Louis San Franc. Ref. 5% Bds.	47	46¼	do. do. pref.	57½	[illegible]
South. Pacific conv. 4% M/S Bds.	87¾	87¾	Union Pacific	131¾	[illegible]
Atchison Top. u. St. F.	102½	102¼	do. pref.	82⅛	[illegible]
Baltimore u. Ohio	87⅛	87½	Wabash pref.	43	[illegible]
Canadian Pacific	165½	165¾	Western Maryland	26¾	[illegible]
Chesapeake u. Ohio	61	61½	American Can	59⅞	[illegible]
Chicago, Milwaukee u. St. Paul	92⅝	93¼	Amer. Car u. Foundry	67¼	[illegible]
Denver u. Rio Grande	8	8	American Locomotive	70	[illegible]
Erie	36¾	36½	Americ. Smelting Ref.	99½	[illegible]
Erie 1st pref.	52¼	52	American Sugar Ref.	109½	[illegible]
Great Northern pref.	120½	120½	Anac. Copper Mining	86⅞	[illegible]
do. Ore Certif.	42	42	Bethlehem Steel	476	[illegible]
Illinois Central	101	101	Central Leather	52¾	[illegible]
Interborough Metrop.	16¾	17	Consolidated Gas	132½	[illegible]
Lehigh Valley	77¾	77½	General Electric	168	[illegible]
Louisville u. Nashv.	121⅛	121⅛	Internat. Harvester	109¾	[illegible]
Missouri Kansas und Texas	3¼	3¼	National Lead	67¾	[illegible]
National Railway Mexiko and pref.	7½B	7½B	Republ. Iron u. Steel	51½	[illegible]
			Unit. Stat. Steel Corp.	83	[illegible]
			do. do. pref.	116¼	[illegible]
			Utah Copper	85¾	[illegible]
			Virg. Carolina Chem	43	[illegible]

*** New-York,** 8. März. (Spezial-Kabeltelegramm.) Das F[illegible] **blatt „Iron Age"** schreibt in seinem **Wochenbericht** u. a. [illegible] Februar betrug die **Roheisenproduktion** 3 087 000 To. [illegible] 3 188 344 To. im Vormonat. Die tägliche Produktionsfähigkeit belie[illegible] auf 108 000 To. gegen 106 072 To. im Januar. Die Zahl der in B[illegible] befindlichen Hochöfen wird mit 312 angegeben gegen 307 im Vorm[illegible] Der **Versand** von den Werken war im letzten Monat wieder [illegible] umfangreicht und überschritt in einzelnen Fällen die jemals bisher [illegible] reichte Höhe. Im Pittsburger Distrikt sind die Werke wie nie zu[illegible] beschäftigt, um ihre angehäuften Aufträge aufzuarbeiten. E[illegible] gelang dies auch. Im allgemeinen jedoch und zum Teil infolge [illegible] Verladungsschwierigkeiten sind die Produzenten im [illegible] Monat ziemlich weit hinter Ablieferungen im Rückstand geblieb[illegible]

Hermannmühlen-Aktiengesellschaft zu Posen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am **Sonnabend, den 25. März 1916, nachmittags 4 Uhr,** im Geschäftslokal der Gesellschaft in **Posen, Wilhelmplatz 17, I,** stattfindenden **General-Versammlung** hierdurch eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Geschäftsjahr 1915.
2. Vorlegung der Bilanz und des Gewinn- und Verlustkontos für 1915.
3. Beschlussfassung über die Gewinnverteilung für 1915.
4. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für 1915.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis zum 21. März cr. einschliesslich bei der Gesellschaftskasse in Posen, oder bei der Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen und deren Depositenkassen, sowie bei deren sämtlichen Zweiganstalten, oder bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin, und deren Zweiganstalten, oder bei dem Bankhause Abraham Schlesinger in Berlin hinterlegen. Hierdurch wird das Recht zur Hinterlegung bei einem Notar nicht berührt.

Posen, den 3. März 1916.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates
Smoszewski,
Bankdirektor.

Formular- und Lager-Kasten für Geschäfts-Einrichtungen äußeres in jeder beliebigen Ausführung u. grösse liefert billigst: Fabrik **JULIUS BORCHARDT-BERLIN-O** Grüner Weg 110 Bitte Offerte einzuholen

Offerten bis 20. März
erbitt. erf. Reisender ersten Hauses der **Wäschebranche in allen dazu pass. Artikeln**
für Det.-Gesch. zur Reise nach Mittel-, Ostdeutschld. u. Gr. Berlin gegen Provis. u. kl. Spes. Off. u. J. N. 2067 an Rudolf Mosse, Martin-Lutherstr. 9.

Beteiligung gesucht.
Arbeitsfreudiger Herr, Christ, Dreissiger, aus guter Familie, mit besten Beziehungen, jetzt militärfrei geworden, **sucht sich an Fabrik- oder Handelsgeschäft zu beteiligen** evtl. käufl. Uebernahme. Würde auch unter Uebernahme von Anteilen in **Gesellschaft** eintreten. Kapital steht bis Mk. 200 000.— zur Verfügung, gegebenen Falles mehr. Erste Referenzen.
Offert. an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** unter **J. M. 2150** erbeten.*

Lombardhaus H. Graff, Leipzigerst. 75, II. Volle normale Beleihung. Diskretion, Reellität. Gelegenheitskäufe Uhren Brillanten Goldwaren. 10—50% unt. Ladenpreis.

Münzen kauft Ball, Münzenhandlung, Wilhelmstr. 46/47*

Phonola-Vorsetzer, Gelegenheitskf., sehr preisw. verkfl. Pohl, Pianomagaz., Potsdamerst. 108*

Silbergegenstände, modern, ganz neu, da in Zahlung gen., billig abzugeben. Besicht. bis 3 Uhr. Sander, Motzstr. 55, II. Ecke Bamberger Strasse.

Blut-Apfelsinen feinster Auslese, süß, vollsaft., b. S Woch. haltbar, Originalkiste, 100 gr. M. 14 50, 200 gr. M. 26.—, 300 mittelgr. M. 28.—, 180 kl. M. 14.50, 160 Riesenfrüchte M. 24.— versz. fr. Bahnh. Hamburg, geg. Voreinsdg., Nchn. 3% Zuschl. Max Johs. Hayer, Hamburg 36, Pilatuspool 7.

Möbel u. Klubsessel, elegante Zimmer- und ganze **Wohnungs-Einrichtungen** in nur reeller Arbeit zu alten Preisen bei gewichtiger Ausführung in großer Auswahl u. schönen Mustern. **A. Kröning,** Rochstraße 10. Berlin SW. *

H. Rosenthal Begründet 1869
Fabrik: Berlin-Lichtenberg. Contor: Berlin SW 47, Großbeerenstr.
Röhren, Stabeisen, Eisenblech, Zinkbleche, Bleiröhren

Gemälde erster Meister von Prof. W. Leistikow, Prof. P. [illegible] heim, Prof. A. Feuerbach, Prof. H. Bohrdt, P[illegible] Brasch, Prof. H. Looschen, Prof. M. Uth, Pr[illegible] Stöwer, H. Enfield, H. Hartig, E. Hausmann, R. [illegible] grewe, W. Moras, P. Mönstedt, Sörensen-Lund, A. Weriezick, F. v[illegible] bach, Fr. Voltz, A. v. Brandis, M. Koner, P. Flickel, R. Albitz, W. Ku[illegible] M. Rabes, H. Schnee u. a. w.
zu sehr billigen strenge festen **deutlich lesbaren Preise**
Grosse Kunst-Ausstellung **A. Dahlheim, Koch-Str. 8.** Wochent. b 8 U[illegible] No. 5. Sonntag 12[illegible]

Dubiose Forderungen in Holland
werden behandelt durch Inkasso-Institut der ersten
Nederl. Prozesskostenrisiko Gesell. a.
Briefadresse: „Prozessrisiko" Amsterdam. Zahlreiche klassige deutsche Anerkennungen.